65. Montag den 18. März 1861. 65.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr** Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 17. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den nachbenannten Personen Orden und Ehrenzeichen zu verleihen, und zwar: Den Stern zum Rothen Adler-Orden zweiter Klasse: Dem Königlich hannoverschen General-Lieutenant und Divisions-Kommandeur Wehner, dem Königlich hannoverschen General-Major und Hofmarschall von Hedemann, und dem Fürstlich waldeckschen Geheimen Rath von Stockhausen; den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit dem Stern: dem Herzoglich braunschweigischen General-Lieutenant und Kommandanten von Braunschweig, von Erichsen; den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Schwertern am Ringe in Brillanten: dem Großherzoglich oldenburgschen Obersten, Flügel-Adjutanten und Kammerherrn Grafen von Wedel; den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse: dem Fürstlich lippeschen Kammerherrn und Hofmarschall Freiherrn von Meysenbug; den Rothen Adler-Orden dritter Klasse: dem Fürstlich schaumburg-lippeschen Major, Adjutanten und Kommandeur der Jäger-Abtheilung, Richer von Marthille, dem Fürstlich schwarzburg-sondershausenschen Regierungs-Rath Vollrath, und dem Fürstlich schwarzburg-sondershausenschen Kammerherrn und Regierungs-Rath von Wolffersdorff; den Rothen Adler-Orden vierter Klasse: dem Großherzoglich oldenburgschen Assessor, Kammerjunker und Geheimen Kabinets-Sekretär Baron von Beaulieu-Marconnay, und dem Ober-Landesgerichts-Rath, Rechtsanwalt und Notar Steffen zu Königsberg i. Pr.; so wie: die Rettungs-Medaille am Bande: dem Gruben-Obersteiger Krause zu Sprockhövel, Kreis Hagen, den Grubenbetriebsführern, Steiger Stratmann zu Durchholz, Kreis Bochum, und Steiger Levringhaus zu Hiddinghausen, Kreis Hagen; ferner den nachbenannten Offizieren die Erlaubniß zur Anlegung der ihnen verliehenen Orden zu ertheilen, und zwar: Der Fürstlich lippeschen Militär-Verdienst-Medaille: dem Kommandeur des 1. Westfälischen Infanterie-Regiments (Nr. 13), Obersten von Ingersleben, dem Oberst-Lieutenant von Cranach, und dem Hauptmann und Kompagnie-Chef Keusch von demselben Regiment; des Ritterkreuzes erster Klasse des Großherzoglich sächsischen Haus-Ordens vom weißen Falken: dem Adjutanten der 8. Kavallerie-Brigade, Premier-Lieutenant von Luetzow vom Magdeburgschen Kürassier-Regiment (Nr. 7); so wie: des Ritterkreuzes des Königlich württembergischen Kronen-Ordens, des Ritterkreuzes des Großherzoglich hessischen Verdienst-Ordens Philipps des Großmüthigen mit Schwertern, und des Ritterkreuzes vom Herzoglich nassauischen Militär- und Verdienst-Orden Adolphs von Nassau mit Schwertern: dem als Adjutanten bei der 5. Division kommandirten Premier-Lieutenant Schmidt von Knobelsdorf vom 1. Westfälischen Husaren-Regiment (Nr. 8).

Telegramme der Posener Zeitung.

Pesth, Sonntag 17. März. In Ofen wurden Baron Josef Eötvös mit Akklamation, Balaszy mit Stimmenmehrheit gegen Andorssy zu Landtagsmitgliedern gewählt.

Frankfurt a. M., Sonntag 17. März. Vormittags. In der gestrigen Sitzung des Bundestages erklärte der dänische Bundestagsgesandte, es sei bei dem Bedenken der holsteinschen Stände gegen eine gemeinsame Vertretung der Monarchie eine sofortige gemeinsame Verfassung unmöglich. Dänemark sei in seinen Vorlagen so weit gegangen, als ein ungestörter Fortgang der Staatsverwaltung es erlaube; es hoffe, die Vorlagen, bei denen die Bedenken des Bundestages berücksichtigt seien, würden wenigstens eine provisorische Regelung herbeiführen, und behalte sich Weiteres bis zum Schlusse der Ständeversammlung vor. Diese Erklärung wurde den vereinigten Ausschüssen zugewiesen.

Turin, Sonnabend 16. März. Die Kammer hat die Dringlichkeit einer Petition eingeräumt, welche die Regierung bittet, sich beim Kaiser Napoleon zu verwenden, damit er seine Truppen schleunigst aus Rom zurückziehe.

Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Neapel vom gestrigen Tage soll die Dimission des Statthaltereirathes angenommen worden sein.

Petersburg, 17. März. Mittags. In dem heute veröffentlichten vom 19. v. Mts. datirenden Manifeste bezüglich der Freiheit der Bauern heißt es unter Anderm: Durch das Vermächtniß Unserer Vorfahren und durch die Vorsehung ist Uns das Loos geworden, die Lage der Leibeigenen zu verbessern. Wir begannen mit festem Vertrauen zu dem Adel des Reiches. Unser Vertrauen hat sich bewährt. Das neue Gesetz gewährt den Leibeigenen volle Freiheit. Den Gutsbesitzern ist das Recht des Eigenthums ihrer Ländereien gewahrt; sie überlassen aber den Bauern deren Gehöfte zur fortwährenden Nutznießung nebst neuerdings gesetzlich dazu bestimmtem Lande gegen gesetzliche Leistung von Abgaben. In diesem, eine Uebergangsperiode bildenden Zustande heißen die Bauern zeitweilig Verpflichtete. Zugleich haben die Bauern das Recht, ihre Gehöfte anzukaufen und mit Zustimmung des Gutsherrn auch andere ihnen bis dahin zugetheilte Ländereien zu erwerben. Dann werden die Bauern freie Landbesitzer. Diese neue Ordnung muß binnen zwei Jahren allmälig überall durchgeführt sein. Bis zum Ablauf dieser Zeit bleiben die Bauern in ihrem früheren Zustande der Abhängigkeit von den Gutsherren und haben ihre Dienstpflichten ohne Widerrede zu erfüllen. — Wir verlassen Uns auf das gesunde Verständniß Unseres Volkes.

(Eingeg. 18. März 8 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. ☾ **Berlin**, 17. März. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Der König war am Sonnabend von seinem Schnupfenfieber wieder so weit hergestellt, daß er die Parade über unsere Gardekavallerieregimenter unter den Linden abhalten konnte. Dies militärische Schauspiel ging, vom schönsten Wetter begünstigt, in der gewöhnlichen Weise vor sich. Der König erschien dabei umgeben von sämmtlichen königlichen Prinzen, dem Prinzen August von Württemberg, dem Herzoge und dem Prinzen Moritz von Nassau, dem Fürsten von Hohenzollern und anderen hohen Personen; in der Suite befanden sich der Generalfeldmarschall v. Wrangel, die Generalität und die Stabsoffiziere, die Militärbevollmächtigten General Graf Adlerberg, Colonel Hamilton, Capitaine de la Hitte, der östreichische General Graf Huyn, dessen Adjutant, Major v. Binder, und viele hier anwesende fremdherrliche Offiziere. Der Vorbeimarsch erfolgte in Zügen an der Blücherstatue. Die Königin, die Kronprinzessin, die Prinzessin Karl, die Prinzessin Friedrich Karl und mehrere andere hohe Frauen nahmen die Parade von den Fenstern des Palais des Kronprinzen aus in Augenschein; die Frau Kronprinzessin hielt dabei ihr jüngstes Kind auf dem Arm, der kleine Prinz stand vor ihr auf einem Stuhle. Nach beendigter Parade sprach der König dem Regimentskommandeur seine Anerkennung über die Haltung der Truppen aus und fand alsdann ein Dejeuner dinatoire im königlichen Palais statt. Noch während der Tafel ging den hohen Herrschaften durch den Telegraphen die Trauerkunde von dem Ableben der verwittweten Herzogin von Kent, geb. 17. August 1786, zu; die Frau Kronprinzessin erhielt zugleich die Einladung, an den englischen Hof zu kommen und ist die hohe Frau auch heute Morgen ½7 Uhr mittelst des Kölner Schnellzuges im königlichen Salonwagen mit einem Gefolge, das inkl. Dienerschaft aus 12 Personen bestand, über Köln nach Calais und London abgereist. Wie lange die Frau Kronprinzessin bei ihren Eltern und Geschwistern verweilen wird, ist noch nicht bestimmt; es heißt, daß der Kronprinz mit dem Herzoge von Gotha der Beisetzungsfeierlichkeit in London beiwohnen wird. Die verstorbene Herzogin war die Tochter des Herzogs Franz von Sachsen-Saalfeld-Koburg, Wittwe des Fürsten Emich von Leiningen seit dem 4. Juli 1814; vermählt 29. Mai 1818 mit dem Herzoge Eduard von Kent, viertem Sohne des Königs Georg III., dessen Wittwe seit 23. Januar 1820. Die Kronprinzessin hat bereits Beileidsschreiben unseres Königs [illegible] bei der Geburtstagsfeier unsers Königs dürfte dieser Todesfall doch einige Störungen bringen; man hört wenigstens, daß die Feierlichkeit nicht in der Ausdehnung stattfinden soll, wie Anfangs beabsichtigt war. — Auch dürften nicht alle die hohen Gäste an den Hof kommen, die bisher erwartet wurden; denn auch der König von Hannover soll entschlossen sein, nach London zu reisen; ebenso wollen sich der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz dorthin begeben. Für die hohen Herrschaften aus Schwerin und Weimar und den Herzog von Braunschweig werden schon Zimmer in unserem Schlosse bereit gehalten. Der Erbprinz und die Erbprinzessin von Dessau kommen bereits am Dienstag, da sie der Geburtstagsfeier des Prinzen Friedrich Karl am Mittwoch beiwohnen wollen. Zur Feier des Tages giebt derselbe im Schlosse eine große Tafel. Am Geburtstage des Königs soll auch ein von Meyerbeer geleitetes Hofkonzert stattfinden, in welchem einige Mitglieder der italienischen Oper mitwirken; Abends will man illuminiren. — Heute Vormittag wurde die neue St. Lukaskirche in dem sogenannten Geheimrathsviertel eingeweiht und ihrer Bestimmung übergeben. Die Einweihungsrede hielt der General-Superintendent Büchsel, die Predigt der Geistliche der Gemeinde Röhricht. Der ganze Hof, die Minister und viele hochgestellte Personen, sowie Deputationen unserer städtischen Behörden 2c. wohnten dieser Feier bei. Der König und die Königin wurden bei ihrer Ankunft von der Geistlichkeit, dem Kirchenvorstande und den Werkleuten am Eingange empfangen und in das Gotteshaus geleitet. Die Feier dauerte bis ½1 Uhr, worauf die hohen Herrschaften eine Spazierfahrt machten; der König nahm zuvor noch einige Vorträge entgegen und konferirte, im Beisein des Kronprinzen, mit den Ministern v. Auerswald, v. Bethmann-Hollweg und v. Bernuth. Die Familientafel war heute beim Prinzen Albrecht und erschienen an derselben auch der Herzog und der Prinz Moritz von Nassau. Abends versammelten sich die Mitglieder der königlichen Familie im königlichen Palais zum Thee. — Seitdem der Antrag des Grafen v. Arnim-Boytzenburg im Herrenhause angenommen worden ist, geht wieder das Gerücht von einer Modifikation des Kabinets. Hr. v. Patow soll sehr unwillig darüber sein, daß das Herrenhaus seinen Widerstand fortsetzt, und da er die Ueberzeugung hat, seine Vorlagen in diesem Hause niemals durchzubringen, so will er lieber aus dem Kabinet scheiden. Graf v. Schwerin soll auch an den Rückzug denken, da ihm nicht nur der Landtag, sondern auch die Polizei viele Verdrießlichkeiten bereiten. Die Verhaftung des Polizeilieutenants Schmidt, früher Feldwebel im 18. Infant. Reg., und des Wachtmeisters Köhler, welche die Montirungskammer unter sich hatten, ist wegen Unterschlagung erfolgt und die Untersuchung, mit welcher der Gerichtsassessor Wedigen beauftragt ist, ist in vollem Gange. Wie ich aus bester Quelle weiß, steht die Schuld fest und man fürchtet, daß noch andere Persönlichkeiten darin verwickelt sind. Ehemalige Schutzmänner sollen bei der Vernehmung das meiste Licht in der Sache geben.

Ω **Berlin**, 16. März. [Die Schießversuche gegen kürassierte Schiffswände; Uniformänderung.] Die von Seiten mehrerer englischen illustrirten Journale gebrachten detaillirten Zeichnungen der Konstruktion und inneren Bauart der neuen englischen Eisenschiffe, besonders des „The Warrior", lassen den Ausfall der kürzlich hier stattgehabten Schießversuche gegen die sogenannten kürassierten Schiffswände beiläufig mehr als problematisch erscheinen. Es ist bei denselben, wie jetzt allerdings ersichtlich, am Ende doch ein ganz anderer Widerstand zu bewältigen, als ihn die hiesigen Scheiben mit ihren aufgenagelten Eisenplatten zu leisten vermögen, und im Grunde sind diese Versuche auch hier ziemlich zweifelhaft ausgefallen, da die Geschosse zwar die Eisenpanzer zersplittert haben, danach aber zum bei weiten überwiegenden Theil keineswegs die Holzwand dahinter durchdrangen, sondern in derselben sitzen geblieben sind. Bei den englischen Eisenschiffen dagegen befinden sich als Außenwand zwei Eisenplatten übereinander gelegt, wonach die kolossalen Eisenrippen des Schiffes einen hohlen Raum bilden und dann nach innen noch zwei durch einen kleineren Zwischenraum getrennte Eisenwände oder Plattenschichten sich anschließen. Nach dem beinahe einstimmigen Urtheil der Sachverständigen würde eine Mauer von Granit kaum eine größere Widerstandskraft als diese so konstruirten Schiffswände besitzen; außerdem aber ist der innere Raum des Schiffes noch durch zwei eiserne Scheidewände in drei selbständige Abschnitte getheilt, und wenn wirklich der eine Abschnitt eingeschossen werden sollte, so würden die beiden anderen das Fahrzeug doch noch nothdürftig über Wasser zu halten, ja unter günstigen Umständen den Kampf sogar fortzusetzen vermögen. Uebrigens sind diese Fahrzeuge, wie aus den betreffenden Abbildungen hervorgeht, gemischte Schiffe mit neben der Schraube vollständiger Takelage, und hier möchte sich gegen das Feuer von Strandbatterien vielleicht ihre Achillesferse finden. Das Wegschießen der Masten oder gar Zünden des Segelwerks vermöchte vielleicht auf sie noch zumeist eine verderbliche Wirkung auszuüben. — Wie es heißt, werden zu den schon eingeführten Aenderungen in den Helmzierden nunmehr zunächst in der Generalsuniform mehrere Aenderungen ins Leben treten, und zwar sollen die Generalsepauletten auf russische Art umgeändert werden. Auch von der Einführung von Achselbändern für die gesammte Generalität ist viel die Rede.

— [Abgeordnetenwahl.] Bekanntlich war eine der im dritten Aachener Wahlbezirk am 3. Januar vorgenommenen Abgeordnetenwahlen von dem Hause der Abgeordneten für ungültig erklärt worden. Bei der am 14. März in Heinsberg vorgenommenen Ersatzwahl wurde der damals gewählte Friedensrichter Peusgens aufs [illegible]

— [Personalien.] Der „Nord" meldet: Graf Cieszkowski, Führer der polnischen Fraktion, ist nach Warschau berufen worden, um an den Arbeiten der landwirthschaftlichen Gesellschaft theilzunehmen.(?) Graf Bninski, Mitglied des Herrenhauses, ist von Paris berufen worden, um den Führer der polnischen Fraktion in Berlin zu ersetzen.

Oestreich. **Wien**, 15. März. [Zurückgabe der Waffen in Ungarn; die ungarischen Landtagswahlen; Intoleranz.] In diesen Tagen wurde (wie schon erwähnt) an die Straßenecken von Preßburg eine „Kundmachung" angeschlagen, nach welcher die in den Jahren 1848 und 1849 bei der Entwaffnung Ungarns den Eigenthümern abgenommenen Waffen, welche bis jetzt in den k. k. Zeughäusern zu Pesth, Preßburg und Komorn aufbewahrt wurden, denjenigen rechtmäßigen Besitzern, deren Namen und Hausnummern darauf verzeichnet sind, wieder zurückgestellt, dagegen die ohne Bezeichnung übrig bleibenden Waffen, wenn die Eigenthümer nicht spätestens bis Ende März d. J. ihre Reklamation einreichen, zu anderen Zwecken verwendet werden sollen. Das ungarische Volk wird also wieder bewaffnet einherschreiten und für den Fall eines Konfliktes mit der östreichischen Regierung, der bei Gelegenheit der verweigerten Reichsrathswahlen nur zu leicht ausbrechen kann, schon jetzt gerüstet sein. Die Maaßregel ist für die Absichten der jetzt in Ungarn herrschenden Partei sehr bezeichnend. — Die Landtagswahlen, die in Ungarn zum Theil bereits vollzogen, zum Theil im Werke sind, haben das ganze Land in neue Aufregung versetzt und zu vielfachen Demonstrationen gegen die östreichische Regierung Anlaß gegeben. Fast überall sind die aus den Jahren 1848 und 49 bekannten Führer der Ultraopposition auf den Schild gehoben und ein mehrjähriges Exil verlieh überall ein hervorragendes Anrecht auf den Abgeordnetensitz. Es kommt dabei wohl manches wunderliche Beispiel von Patriotismus zum Vorschein. So wurde in Raab, wo von 1500 stimmberechtigten Wählern nur 627 ihre Stimmen abgaben, Emerich Kogma mit 520 Stimmen zum Landtagsdeputirten gewählt. Und warum? Weil er seinen glühenden Patriotismus dadurch an den Tag gelegt hat, daß er vor 11 Jahren schwur, er werde sein Zimmer nicht verlassen, so lange Gott sein Antlitz von Ungarn abwende und dem Adel seine alten Rechte vorenthalte. Und wirklich hat dieser exaltirte Enthusiast 11 Jahre lang nicht die Schwelle seines Zimmers überschritten, und, fügen seine Verbrecher bewundernd hinzu, er würde sie auch nie mehr überschritten haben, wenn Gott den Ungarn nicht mehr gnädig gewesen wäre. Und diese Art, seinem bedrängten Vaterlande zu dienen, wird von den naïven Ungarn ganz aufrichtig angestaunt! Was man anderswo einfach als Narrheit oder doch Trägheit bezeichnen würde, gilt dort als Heroismus und bringt zu Ehren. Leider ist auf eine Verständigung mit einem Landtage, der zum überwiegenden Theil aus solchen Exaltados bestehen wird, sehr wenig Aussicht und man faßt hier bereits die Möglichkeit, daß ein energisches bewaffnetes Einschreiten zuletzt unabweislich werden könnte, sehr ernsthaft ins Auge. — In Pesth gab die Landtagswahl zu einem öffentlichen Skandal Veranlassung. Eine der Kandidatur des Schriftstellers Virgil Szilagyi feindliche Partei wollte dessen Wahl dadurch verhindern, daß sie in der öffentlichen Komitatssitzung Schriftstücke vorlesen ließ, aus denen hervorging, Szilagyi habe sich um eine Subvention für eine von ihm begründete und im Interesse der östreichischen Regierung zu

führende Zeitschrift beworben. Der überraschte Angeklagte vermochte todtenbleich und stammelnd nur hervorzubringen, er werde für den ihm angethanen Schimpf Rechenschaft fordern. Nachdem der Stadthauptmann noch amtlich bestätigt hatte, daß die Unterschriften unter den Eingaben von Szilagyi herrühren und von ihm anerkannt seien, verließ man den Gegenstand und glaubte den Gegner gestürzt zu haben. Aber siehe da! bei der definitiven Wahl wurde Virgil Szilagyi gleichwohl mit 635 Stimmen zum Abgeordneten gewähl, weil die Wähler annahmen, daß sein glühender Patriotismus durch eine so kleine Inkonsequenz nicht alterirt sein könne. — In Feldsberg hat sich wieder ein Fall klerikaler Intoleranz ereignet, der verzeichnet zu werden verdient. Der dortige katholische Pfarrer hatte gesehen, daß einige Knaben dem Leichenbegängniß einer Protestantin, das unter Assistenz des evangelischen Pfarrers aus Wien stattfand, gefolgt waren. Am anderen Tage erschien er in der Schule und ließ den Knaben, zum abschreckenden Exempel für die Uebrigen, dafür mit Ruthen züchtigen. (Sp. Z.)

— [Wahlprogramm des deutschen Komité's in Prag.] Die Prager Blätter veröffentlichen das Programm des des deutschen Komité's für die Wahlen zum Landtag des Königreichs Böhmen; dasselbe ist in schlichter, einfacher, aber energischer und überzeugender Weise abgefaßt und spricht sich über das Verhältniß der Deutschen in Böhmen zu den Czechen folgendermaßen aus: „Noch ein sehr wichtiges und bedeutendes Moment", heißt es in dem Aufrufe, „ist bei der Wahl zu erwägen. Es handelt sich auch um Wahrung der Rechte und der Nationalität der Deutschen in Böhmen. Dem, was aus abgeschlossener Vergangenheit als Recht abgeleitet werden will, stellen wir das wirkliche, lebendige, in der Gegenwart, in unser Aller Existenz wurzelnde Recht gegenüber. Das, was unser Stamm im Lande geworden, ist er im Laufe der Jahrhunderte durch die Macht der Ideen, durch unsere Arbeit, durch die Befruchtung der Gewerbe und des Bodens so geworden, wie er eben ist. Das Recht, die Frucht und die Freiheit unserer nationalen Arbeit wollen wir für immer gewahrt wissen. Wir lieben Böhmen, wie man eben die Heimath liebt. Wir sind stolz auf unser Vaterland, denn es ist das tüchtigste und durchgebildetste Land unter allen Ländern, die von hier süd- und ostwärts liegen. Die Spuren unserer Kultur und unserer Arbeit sind darin nicht gering und selten. Wer aber die Geschichte dieses Landes zurückschrauben, die Gegenwart verletzen will, wer von der Selbständigkeit der böhmischen Krone spricht, die Oestreich gegenüber erst wieder zu erlangen wäre, ist unser Gegner. Mit und in Oestreich sind und bleiben wir; seine Geschicke sind die unsrigen. Möge es bald aus der Gährung zur Klärung übergehen, möge es fest und stark durch die Freiheit werden, sein neuer Ruhm wird wieder unser Ruhm! Um in diesem Sinne die Wahlen zu fördern, um auch in Prag und in andern gemischten Gegenden den Deutschen den ihnen zukommenden Einfluß zu wahren, haben die Unterzeichnaten sich vereinigt und ein Komité für die Wahlen in den Landtag gebildet. Unser Wahlspruch ist: „Freisinnig und Deutsch". Und weil er so lautet, wollen wir [illegible] Brüdern; wir wollen sie fördern überall, wo es nur möglich ist, und sie wahren und festhalten mit all unserer Kraft. Neben der ehrenwerth aufstrebenden Nationalität fühlt Euch stolz als Theil eines großen Knlturvolkes und setzt dem Feudalismus die Volksthümlichkeit gegenüber!" Unterzeichnet ist der Aufruf unter Anderen auch von den Herren: Bachofen v. Echt, Prof. Brinz, Akademiedirektor Engerth, Prof. Herbst, Prof. Leonhardi, und einer großen Anzahl der angesehensten Prager Kaufleute.

— [Tagesbericht.] Der am 5. d. von Madeira abgereiste Oberlieutenant Graf Rechberg meldete gestern aus Liverpool, daß das Befinden der Kaiserin vollkommen befriedigend ist. — Der Kaiser hat die von Eduard Sueß, außerordentlichem Professor der Universität, und Dr. Karl Hornstein, Adjunkten der k. k. Sternwarte in Wien, mit anderen Fachmännern nachgesuchte Gründung eines Vereines zur Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse bewilligt und die vorgelegten Statute genehmigt. — An dem schwarzen Brette der Universität ist folgender Anschlag zu lesen: „Mein Vertrauen auf die akademische Jugend hat mich nicht getäuscht. Nach einem Tage banger Sorge um Ihr Wohl kann ich Ihnen heute meine freudigste Anerkennung für Ihre besonnene Haltung ausdrücken. Sie werden auch in Zukunft diese bewahren, damit ich bei jeder Gelegenheit mit Stolz auf die Haltung der akademischen Bürger hinweisen kann. Wien, 13. März 1861. Oppolzer, d. Z. Rektor." — Eine Deputation von Professoren der Jagellonischen Universität ist Gegenstand der Konjekturen gewesen. Man hatte von einer Verwarnung gesprochen, welche derselben zugegangen sein soll. Diese Nachricht wird jetzt dementirt. Die Professoren der Krakauer Universität sind hierher gekommen, um dem Kaiser ihren Dank für die Einführung der polnischen Sprache an diesem Institut auszudrücken. Sie wurden vom Kaiser sehr freundlich empfangen. Dem Staatsminister hat die Deputation Vorschläge zu Ernennungen und Schulplänen unterbreitet. — Es ist ein eigenes Ereigniß, daß der Breslauer Fürstbischof zum Mitglied des schlesischen Landtags ernannt worden ist, da er doch für den östreichischen Theil seiner Diözese seinen Generalvikar hat, und daß man in Vorarlberg, wo ein ähnliches Verhältniß statthat, nicht den bayrischen Bischof, sondern dessen Generalvikar in den Landtag beruft. — Das letzte Heft der Grenzboten ist wegen eines Artikels über tirolische Zustände in Innsbruck konfiszirt worden. — Nach „Idök Tan." hätte Fürst Emerich Batthyanyi als Obergespan des Zalaer Komitats seine Entlassung eingereicht. Der Grund ist noch unbekannt. — Das Zempliner Komitat dringt auf Beeidigung des ungarischen Militärs auf die Verfassung vor der Vornahme der Krönungsfeier und hat diesen seinen Wunsch nebst mehren andern als „Richtung gebend" für seine Landtagesdeputirten zu Protokoll gegeben. — Am 13. März wurde ein Requiem für die in Warschau Gefallenen in Prag abgehalten. Wiewohl es früher nirgends angekündigt war, hatten sich alle dort lebenden Polen und ein großer Theil der czechischen Studentenschaft zu der Trauerfeier eingefunden. — Anläßlich der Warschauer Opfer wurde bekanntlich auch in Galizien in mehreren Städten die Abhaltung eines Trauergottesdienstes für dieselben angeregt und zumal in Krakau, Lemberg, Rzeszow und einigen kleineren Städten verwirklicht; in Tarnow aber hatte der Bischof angeblich aus höheren Rücksichten und in Przemysl die politische Behörde die Abhaltung des Trauergottesdienstes nicht gestattet. — In der böhmischen Stadt Saaz war am 8. d. Abends in einem Hause Feuer ausgebrochen, das bei dem Brausen eines orkanartigen Sturmes, bei der Lage des Brandplatzes, bei dem durch den Sturm herabgedrückten Dampf und der ungeheuren Hitze die Rettung der Nachbargebäude sehr erschwerte. Doch gelang es, den Feuerherd auf zehn Häuser und drei Scheunen zu beschränken. Der wüthende Sturm trieb einen fortwährenden Feuerregen zur Stadt empor und an mehreren Stellen, wo es zu brennen begann, wurde das Weitergreifen verhindert. Durch die Katastrophe sind viele Familien obdachlos. Die Entstehungsursache des Brandes ist bis jetzt noch unbekannt. — Die Trauung des Frl. Goßmann (bisher Mitglied des Hof-Burgtheaters in Wien) mit dem Baron v. Prokesch-Osten hat am vorigen Sonntag in Wien stattgefunden.

Wien, 16. März. [Die Lage Oestreichs.] Die „Ostd. Post" schließt eine Parallele zwischen 1848 und 1861 mit folgender nicht sehr erfreulichen Darstellung der jetzigen Verhältnisse: „Eines ist schlimmer geworden, viel schlimmer als die Zustände von 1848 waren: der Pessimismus, das Mißtrauen gegen Alles und Jedes, der Mangel an Glauben an die Zukunft. Die Märztage 1848 fanden in Wien ein sanguinisches, beinahe kindisches Volk voll Jugendlichkeit, das sich für Länder, Worte, Zusagen und Verheißungen enthusiasmirte. Der März 1861 findet nur Grämlichkeit, Leute, die müde der Experimente sind, ungläubig, daß es besser komme, keinem Versprechen trauend, ein Volk, das seine Jugend eingebüßt! Das ist ein übler Wechsel. Das ist eine Erscheinung, welche Diejenigen, in deren Hände die Geschicke Oestreichs ruhen, sich vor Allem zu Herzen nehmen sollen. Die Heilung des Landes muß mit der Beseitigung seines Mißtrauens beginnen. Oestreich muß wieder glauben, daß man es ehrlich mit ihm meint, daß ihm Dasjenige, was ihm zugestanden, nicht wieder entzogen wird, daß der gesetzliche Boden unter seinen Füßen nicht wieder sich senkt! Mit der Heilung von dieser Krankheit beginnt die Wiedergeburt Oestreichs, die Wiederbelebung seines Kredits, die Hebung seines Ansehens nach Außen!"

— [Proklamation des Banus von Kroatien.] Die „Agramer Ztg." bringt eine Proklamation des Banus von Kroatien und Slavonien, welche der Meinung entgegentritt, „als sei bei dem Wiederaufleben unserer konstitutionellen Freiheiten und Einrichtungen eine, wenn auch nur vorübergehende Sistirung der Steuereinzahlungen möglich oder überhaupt zulässig". Dieselbe eröffnet und schließt mit einem Appell an die Loyalität der Bewohner, läßt aber keinen Zweifel über die Folgen des Ungehorsams; es heißt nämlich in derselben: „Anhäufungen von Steuerrückständen können eben so sehr im Interesse des Staatsschatzes, wie im Interesse der einzelnen Kontribuenten nicht geduldet werden, daher auf die vollständige Einbringung und Berichtigung aller Rückstände gedrungen werden muß. Jedermann würde es sich selbst zuzuschreiben haben, wenn er, nachdem ihm die gesetzliche Steuerpflicht bekannt ist, durch die Vernachlässigung derselben unter den Folgen der gesetzlichen Exekution leiden müßte; denn eine Nachsicht in dieser Richtung ist nicht zulässig."

— [Zu den Wahlen.] Die „Oestr. Z." theilt folgenden interessanten Beitrag zur Geschichte der Wahlen mit: „Zwei Fakta haben sich in diesen Tagen in der nächsten Nähe von Wien ereignet, die sehr sonderbar zu dem neuen Wege passen, den die Regierung einschlug. In Hietzing hat man die Berichterstatter von der Wahlversammlung ausschließen wollen. Die Wahlmänner gingen lieber auseinander, ehe sie sich diese Oeffentlichkeit entziehen ließen. In Hernals aber glaubte der Kommissar jeden im Bezirke nicht Wahlberechtigten, sogar die Kandidaten, ausschließen zu müssen. Ein braver Mann hat dies berichtet; Herr Arthaber hat es in der Versammlung, die in der Handelsakademie stattfand, erzählt. In beiden Fällen stützte man sich auf ein Ministerialreskript; offenbar ist in beiden Fällen das Reskript falsch ausgelegt, unrichtig verstanden worden. Der Beamte wird dafür wahrscheinlich einen Verweis erhalten; aber der Beamte ist im Rechte. Er hat nichts als seinen Befehl, er hat das todte Wort, den Buchstaben vor sich, und er glaubt seinem Vorgesetzten um so mehr zu Willen zu sein, je strenger er sich an das Wort, an den Buchstaben hält."

— [Die Pesther Landtagswahlen.] Die meisten in Pesth erscheinenden ungarischen Journale sprechen sich entrüstet darüber aus, daß im Wahlkampf zwischen Szilagyi und Jokai der erstere gewählt wurde. Eines derselben bemerkt: „Daß die Schauspieler des Nationaltheaters mit wenigen Ausnahmen gegen den Dichter Jokai stimmten und agitirten, ist nichts als eine Bestätigung der alten Wahrheit, daß schlechte Komödianten immer prinzipiell den Schriftstellerstand hassen, und so wurde auch gestern nicht verabsäumt, den Dichter Jokai manche jahrealte Kulissenintrigue entgelten zu lassen. Wie wenig ehrlich es in den Wahlumtrieben contra Jokai zuging, geht am deutlichsten daraus hervor, daß, als wir im Museumhofe einen jungen Mann, der mit großem Eifer „Eljen Szilagyi" schrie, frugen: warum er nicht für Jokai stimme? wir zur Antwort erhielten: Jokai ist ja ein Jude!"

Bayern. München, 16. März. [Zur kurhessischen Verfassungsfrage.] Heute wurde in der Abgeordnetenkammer die kurhessische Frage nach dreitägiger Debatte zu Ende geführt. Ein heute neu eingebrachter Antrag des Präsidenten der Kammer fand allgemeine Zustimmung und wurde mit 132 gegen 8 Stimmen angenommen. Derselbe enthält eine motivirte Verwahrung gegen die Kompetenzwidrigkeiten des Bundesbeschlusses und die Bitte an den König, das Staatsministerium anzuweisen, zur Herstellung rechtlich geordneter Verfassungszustände Kurhessens nach Kräften mitzuwirken.

Württemberg. Stuttgart, 15. März. [Gegen den Nationalverein.] In Sachen des Nationalvereins ist so eben von der Regierung eine Entscheidung getroffen worden, die freilich noch nicht als eine prinzipielle gelten kann. Ein junger Jurist, der noch unverwendet bei einem Landgerichte Volontärdienste leistete, wurde aufgefordert, sich wegen Theilnahme am Verein und wegen auffallenden Wirkens für denselben zu verantworten, und als er dies in freimüthiger Weise gethan, kam ihm der Befehl zu, jene Volontärstelle zu verlassen. Ob die Regierung gesonnen ist, ihm, so lange er Mitglied des Vereins ist, auch die Anstellung zu verweigern, wird sich zeigen. (Pr. Z.)

Stuttgart, 16. März. [Debatte über das Konkordat.] Bei der Berathung der Zweiten Kammer über das Konkordat (s. Nr. 63) schließt Sarway mit der Erklärung, es sei nicht das erste Mal, daß Konkordate politischen Versammlungen vorgelegt werden; aber das erste Beispiel in der Geschichte wäre es, wenn heute der Konvention auch nur die von der Mehrheit beantragte Zustimmung gegeben würde. Die Bestrebungen gegen das Konkordat kämpfen für Gewissensfreiheit gegen den Gewissenszwang. Die Sailer, Wessenberg &c. seien gute Katholiken gewesen, aber sie hätten hierarchischen Bestrebungen sich entgegengestellt. Domkapitular v. Ritz schließt sich dem Mehrheitsantrag der Kommission an, verlangt dies aber nicht als eine Gnade für die Katholiken, sondern als ein verfassungsmäßiges Recht derselben; er wundert sich überhaupt über die Einmischung der Protestanten in die inneren Angelegenheiten der katholischen Kirche, während sich die Katholiken von jeher fern von den inneren Angelegenheiten der protestantischen Kirche gehalten haben. Die Konvention sei ihrem ganzen Inhalte nach nichts Anderes, als ein bis jetzt unvollzogen gebliebener Verfassungsparagraph. Der konfessionelle Friede werde nur dadurch dauernd begründet, daß man jeder Konfession ihre vollen Rechte zu Theil werden lasse. Nehmen Sie also, ruft er am Schluß, den Gesetzentwurf an und der Dank der Mit- und Nachwelt wird Ihnen gewiß sein. Duvernoy, früher Märzminister des Innern, bestreitet der Vereinbarung jede gesetzliche Kraft und ist auch mit dem Inhalt in keiner Weise einverstanden, da derselbe mit dem ganzen modernen Staat im Widerspruch stehe und derselbe neben dieser Konvention unmöglich sei. Er empfiehlt daher den Minderheitsantrag zur Annahme. (Nach den neuesten Nachrichten hat in der Abgeordnetenkammer der Minoritätsantrag der Kommission den Sieg davongetragen. Das Konkordat ist mit 63 gegen 27 Stimmen verworfen worden. Das Ministerium bleibt im Amte.)

Großbritannien und Irland.

London, 14. März. [Tagesnotizen.] Gestern empfing der Erzbischof von Canterbury eine zahlreiche geistliche Deputation, die ihm eine Adresse gegen die mehrerwähnte, dem Klerus der anglikanischen Kirche so anstößige Schrift: „Essays and Reviews" überreichte. Der Erzbischof sprach seine Freude über die Gesinnung der Geistlichkeit aus, sagte aber, daß noch immer zu erwägen sei, wie weit es gerathen wäre, die Verfasser vor dem kirchlichen Gericht zu belangen. — Das Organ der protestantischen Allianz „The Record", erwähnte vor einer Woche, daß die Kuratoren des britischen Museums, von verschiedenen Seiten gedrängt, eine Berathung über die Sabbathfrage halten würden, über die Frage nämlich, ob das Publikum an Sonntagnachmittagen zur Besichtigung der naturgeschichtlichen und Kunstsammlungen des Museums zugelassen werden soll. „Record" forderte alle guten Christen auf, zum Himmel zu beten, daß die Gefahr einer öffentlichen Sabbathentweihung abgewendet werden möge. Diese Woche meldet er, daß man dem Himmel inbrünstig für den Ausgang der Berathung danken möge; das stehende Komité der Kuratoren habe den Vorschlag, das Museum Sonntags zu öffnen, mit 11 Stimmen gegen eine verworfen. Die Majorität, fügt das Blatt hinzu, wäre kaum so überwiegend ausgefallen, wenn der Erzbischof von Canterbury nicht den würde[illegible] Schritt gethan hätte, persönlich bei der Berathung zu erscheinen und gegen den beabsichtigten Frevel zu protestiren. Die eine Stimme für den Vorschlag kam, nach den Andeutungen des „Record", von Sir Roderick Murchison. — Der vor Kurzem vom Stapel gelassenen gepanzerten Fregatte „Black Prince" ist das Unglück widerfahren, daß sie auf dem Wege den Clydefluß hinab auf den Grund auffuhr und fest sitzen blieb. Es geschah dies nahe am Hafeneingange, und man hofft, die schwere Masse mit der nächsten Fluth flott zu kriegen. — Als Anwalt von Day und Sons und Kossuth gegen den Kaiser von Oestreich soll Mr. Collier, Unterhausmitglied für Plymouth, ein Advokat vom besten Rufe gewonnen sein. Drei andere Unterhausmitglieder: James, Conningham und Stansfeld fordern gemeinschaftlich mit Professor Newmann zu einer Geldsammlung auf, um Herrn Kossuth die Führung des kostspieligen Prozesses möglich zu machen. Die meisten englischen Juristen zweifeln übrigens, daß sich des letzteren Sache vom streng legalen Standpunkte aus vertreten lasse. — Herr G. Bergenroth, ein geborener Ostpreuße, der sich seit einigen Monaten in Simancas (Provinz Valladolid in Spanien) aufhält, um das dortige berühmte Archiv zu historischen Arbeiten auszubeuten, hat von der englischen Regierung den für einen Ausländer doppelt ehrenvollen Auftrag erhalten, das reiche Material von Manuskripten jenes Archivs zur Darstellung der Geschichtsepoche von Heinrich VII. bis zur katholischen Marie zu verwenden. Herr Bergenroth hat es vorerst übernommen, das Material für die Geschichtsepoche unter Heinrich VII. zu ordnen und wird in seiner Arbeit von Seiten der englischen Regierung nach allen Richtungen hin unterstützt werden. — Aus Malta wird vom 1. März geschrieben: Lord Dufferin, der britische Kommissarius in Syrien, habe sich an die Admiralität um Unterstützung gewendet, und in Folge dessen würden 5 Linienschiffe nach Syrien geschickt werden. Der „Renown" ist bereits nach Beyrut unterwegs. Von französischen Nachschubtruppen waren im Ganzen bloß 312 Mann durch Malta gekommen. — Der Krieg gegen die Eingebornen auf Neuseeland dauert fort. General Prath hatte einige ihrer Forts (sogenannte Pahs, improvisirte Erdverschanzungen) erobert und verfolgt die erlangten Vortheile aufs Rührigste. Der „Boanerges" war mit Truppen angekommen.

London, 16. März. [Herzogin von Kent †; Bankausweis.] Die Herzogin von Kent (Großmutter J. K. H. der Kroprinzessin von Preußen) ist heute Morgen in den Armen der Königin und des Prinz-Gemahls zu Fragmore verschieden. — Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Notenumlauf 19,035,330, der Metallvorrath 12,329,142 Pfd. St. (Tel.)

Frankreich.

□ Paris, 15. März. [Die Adreßdebatten; aus Italien; der Tannhäuser.] Die allgemeine Verhandlung über den Adreßentwurf ist am Mittwoch geschlossen worden, nachdem die Stellung der Regierung in der italienischen Frage von den Mitgliedern der konservativen Partei mit großer Leidenschaftlichkeit angegriffen worden war. Bereits in meinem letzten Briefe theilte ich Ihnen den Inhalt der Rede Kolb-Bernards mit; seitdem haben Plichon am Dienstag, Keller am Mittwoch mit immer steigender Energie die Politik der Regierung geladelt. Es würde zu weit führen, wollte ich näher auf die einzelnen Reden der genannten Herren eingehen; dieselben lassen sich besser zusammenfassen, da sie gleich-

mäßig aus drei Gründen die Haltung des Gouvernements nicht billigten. Die Begünstigung der Bildung eines einigen Italiens erscheint ihnen als ein politischer Fehler, weil Frankreich sich dadurch im Süden einen Gegner schaffe, der früher oder später in ein Bündniß mit England und Deutschland gegen Frankreich treten würde, während ein Bundesstaat, wie man ihn zur Zeit des Waffenstillstandes von Villafranca zu bilden beabsichtigt, der französischen Regierung einen überwiegenden Einfluß auf die italienische Halbinsel gesichert haben würde. Die unausbleibliche Folge der einheitlichen Bestrebungen Italiens, der Untergang der weltlichen Gewalt des Papstes erscheint ihnen ferner als der Zusammensturz der katholischen Kirche, des Grundsteines jeder stabilen Staatsverfassung für Frankreich, und sie erblicken also darin einen Fehler der Regierung, daß sie dazu die Hände geboten. Der dritte Vorwurf, den sie dem Gouvernement machen, ist die Begünstigung der Revolution aus Furcht vor den meuchelmörderischen Dolchen und Bomben eines Orsini. Aus dem Sieg der Revolution in Italien folgern sie, daß auch in Frankreich sie wieder siegreich ihr Haupt erheben könne, und sie fordern daher von der Regierung Napoleons III., daß sie einhalte, und, um mit den Worten Kellers zu sprechen, der Revolution endlich Halt gebiete. Dies sind die Hauptpunkte der erwähnten drei Reden, und man kann leicht ermessen, welche Sensation sie hier hervorgerufen haben, zumal gerade die Redner selbst bisher für eifrige Anhänger des Kaisers gegolten, ja durch Vermittelung der Regierung selbst in den gesetzgebenden Körper gewählt worden sind. Natürlich antworteten die Minister und suchten die der Regierung gemachten Vorwürfe zurückzuweisen, indem sie erklärten, daß ein aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangenes Gouvernement nicht das Prinzip, dem es seine eigene Existenz verdanke, in Italien hätte bekämpfen können; daß es ferner seit 12 Jahren den Papst und seine weltliche Herrschaft auf jede Weise beschützt hätte, und daß es überall die Revolution zurückweise. Sie erkennen leicht, wie durchaus unfruchtbar diese Debatten sind, bei welchen ein Jeder auf dem einmal eingenommenen Standpunkte stehen bleibt, und man kann kaum ein Mitgefühl mit den Männern haben, welche jetzt die Schuld ihrer Verblendung tragen, die sie bisher in Napoleon III. den Retter der Gesellschaft erkennen ließ, während sie doch nie vergessen durften, daß die Logik selbst ihn stets wieder zu dem Prinzip zurückführen mußte, aus dem er hervorgegangen, zu der Revolution. Die republikanische Partei im gesetzgebenden Körper, an deren Spitze Jules Favre und Emile Ollivier stehen, hat sich der allgemeinen Diskussion vollständig ferngehalten. Ihre Thätigkeit hat dagegen gestern begonnen. Sie hatte bekanntlich ein Amendement gestellt, welches die Aufhebung des Sicherheitsgesetzes, die Wiederherstellung der Preßfreiheit, und die Neubelebung der Munizipalitäten beantragte. Die Verhandlung über dies Amendement hat gestern stattgefunden und Jules Favre sowohl wie E. Ollivier haben gesprochen. Im Gegensatz zu dem heftigen Tone der früheren Redner hielten sich diese beiden in den Grenzen parlamentarischer Mäßigung.

J. Favre begann mit der Erklärung, daß er sich nicht mit dem Dank einverstanden erklären könne, welchen die Adreßkommission zu Anfang ihres Entwurfs ausspreche. Für ihn ist das Dekret vom 24. November eine Folge der Bestrebungen der Zeit; sie zu verkennen, wäre Wahnsinn gewesen. In der Erkenntniß der Wünsche Frankreichs habe der Kaiser die Reformen bewilligt. Er geht dann auf die Betrachtung über, ob die wirkliche Lage der Dinge, ob die Verwaltung nicht in vollem Gegensatze zu diesen Reformen stände, und prüft, ob die Sicherheitsgesetze, die Zustände der Presse, das willkürliche Verfahren der Regierung gegenüber den Munizipalitäten mit den Prinzipien von 1789 in Einklang stehe. Nachdem er das Bestehen eines solchen Ausnahmegesetzes überhaupt getadelt, geht er tiefer ein auf die Wahl der Ortsvorstände und Abgeordneten und zeigt, wie die Regierung in zahlreichen Fällen sich die gröbsten Uebertretungen der Gesetze hat zu Schulden kommen lassen, um den Ausfall der Wahlen nach ihren Absichten zu bestimmen. Am ausführlichsten verweilt Favre bei den Verhältnissen der Presse, bei ihrer Abhängigkeit von dem guten oder bösen Willen des Ministers. „Man erwartete", sagte er, „daß, Dank dem neuen Minister, Alles anders werden würde. In der That ist **nichts** anders geworden." Er führt als Beispiel das Einschreiten des Ministers gegen den „Courrier du Dimanche" und seinen Redakteur Ganesco, so wie die zahlreich ertheilten abschläglichen Antworten auf die Gesuche um Autorisation zur Herausgabe neuer Zeitungen an. Er vertheidigt die Presse gegen den ihr im Senat gemachten Vorwurf, die Unternehmungen eines Mirès begünstigt oder doch wenigstens nicht getadelt zu haben; nur eine vollständig freie Presse könne in solchen Fällen nützlich sein. Frankreich müsse eine andere Bahn als bisher einschlagen, die Bahn der Gesetzlichkeit und Ehrlichkeit. Man dürfe nicht mehr die Revolution als Schreckmittel gebrauchen. Die liberale Partei sei die überwiegende; sie hasse aber jede Diktatur, jede Unterdrückung, möge sie von der Straße oder vom Throne herkommen. Baroche in seiner Antwort entgegnet, daß Favre das Dekret vom 24. November durchaus falsch beurtheilt habe, wenn er ihm den Charakter der größten Freiwilligkeit abspreche. Dann sucht er zunächst seine Ansichten über die augenblickliche Lage der Presse zu widerlegen. Dieselbe sei zwar nicht frei, aber selbst zur Zeit der vollsten Anwendung der Prinzipien von 1789 habe nie absolute Preßfreiheit geherrscht, und so lange das Prinzip der Regierung nicht auch außerhalb des gesetzgebenden Körpers anerkannt sei, könne die Regierung nicht die gefährlichen Waffen der Presse in revolutionären Händen sehen. Das Gesetz von 1852 könne nicht modifizirt werden, eine größere Freiheit würde eine Gefahr sein. Was die Sicherheitsgesetze betrifft, so erklärt der Präsident des Staatsraths, dieselben seien eigentlich der Mehrzahl nach bereits aufgehoben durch die Amnestie vom 16. August 1859. Ueber die Wahlen für die Munizipalitäten und den gesetzgebenden Körper erklärt er, daß die Regierung von dem ihr zustehenden Recht nur in sehr wenigen Fällen Gebrauch gemacht, gerade weil sie innere Kämpfe vermeiden wolle. Allein die Regierung müsse sich vertheidigen können, wenn die Anwendung des allgemeinen Stimmrechts nicht allerlei Mißstände hervorrufen solle. Die Wahlen seien in Frankreich frei vor sich gegangen und gerade dem Corps legislatif käme es nicht zu, das Gegentheil zu behaupten, denn eben jetzt, wo derselbe eine größere Bedeutung habe, müsse die gesetzgebende Gewalt respektirt werden.

Nach dem Minister sprach Ollivier: Er vertheidigte hauptsächlich die Preßfreiheit, die er nicht absolut wolle, die indeß zwei Dinge nothwendig erfordere: 1) Es dürfen dem Erscheinen eines Buches, einer Zeitung keine Hindernisse in den Weg gelegt werden; 2) Die Vergehen werden vor dem Geschworenengericht abgeurtheilt. In der darauf folgenden Abstimmung wurde das Amendement verworfen. Wie man mir sagt, ist die Haltung der Minister eine sehr befangene gewesen gegenüber den lobenden Anerkennungen, mit welchen Jules Favre sowohl wie Ollivier einzelne ihrer Handlungen erwähnten. Diese Befangenheit erklärt sich, da sie einerseits nicht für reaktionär gelten wollen, und zugleich soviel wie möglich den revolutionären republikanischen Anstrich vermeiden möchten. Es ist nicht zu verkennen, daß die Regierung selbst augenblicklich in der unangenehmen Lage ist, einen entscheidenden Schritt thun zu müssen, um entweder die verlorenen Sympathien der konservativen Partei wiederzugewinnen, oder sich energisch an die Republikaner anzuschließen, welche sie alsdann von Konzession zu Konzession führen würden. In der ersteren Partei rechnet man stark auf eine Wendung zu ihren Gunsten und man behauptet dort, in Folge der Haltung des Senats wie des Corps legislatif habe der Kaiser in Turin erklären lassen, daß er seine Truppen aus Rom nicht anders als auf den Wunsch des Papstes selbst abberufen werde. Cavour habe hierauf erwiedert, daß er sich in diesem Falle genöthigt sehe, Venedig anzugreifen, da er nicht stillstehen könne. Die von hier aus ertheilte Antwort soll gelautet haben, er möge es auf seine Gefahr hin thun. Ich kann dies nur als ein Gerücht mittheilen, für welches ich keine Garantie übernehme. — Am Mittwoch fand die erste Aufführung des Tannhäuser von Wagner statt, welcher der Kaiser und fast die ganze Diplomatie beiwohnte. Das Publikum war sehr kolt und ließ sich wiederholt zu ungünstigen Demonstrationen hinreißen. Es wurde bei günstiger Aufnahme einiger Nummern des Werks nicht nur im Allgemeinen viel gelacht und gezischt, sondern sogar gepfiffen, und man muß (auch andere Berichte bestätigen das; d. Red.) konstatiren, daß das Werk trotz aller Mühen, trotz prachtvoller Ausstattung und vieler Reklamen, wie sich fast voraussehen ließ, sehr entschieden Fiasko gemacht hat.

Paris, 14. März. [**Die Adreßdebatte; Tagesnotizen.**] Die demokratische Opposition im gesetzgebenden Körper hat heute in der Diskussion über den ersten Paragraphen der Adresse ihren Feldzug eröffnet. Jules Favre ergriff das Wort, und soweit man bis jetzt seine Rede durch den stückweise mitgetheilten Bericht kennt, geht der Angriff auf die innere Politik des Kaiserreiches. Um nicht mit der klerikalen Partei gemeinsame Sache zu machen, hatte die kleine demokratische Fraktion sich an der allgemeinen Diskussion nicht betheiligt. Von mehreren Mitgliedern ist ein neues Amendement aufgestellt worden, welches sich dahin äußert, daß die italienische Einheit weder im wahren Interesse der italienischen Völker, noch ohne Gefahr für Frankreich sei. (Ueber die spezielle Debatte s. oben unsere Pariser □ Korresp. D. Red.) — Lord Cowley hat gestern Herrn Thouvenel ein Dokument mitgetheilt, welches, auf Grundlage der von den englischen Agenten in Syrien eingeschickten Berichte, sehr schwere Beschuldigungen gegen die Maroniten und die sonstigen Schützlinge Frankreichs im Libanon erhebt. — Der französische Konsul in Warschau, Herr v. Segur Dupeyron, soll von seinem Posten abgerufen und anderweitig verwandt werden. — Blanqui wurde gestern von dem Polizeipräfekten verhört. Es sind in seiner Sache bereits über hundert Individuen verhaftet, darunter auch verschiedene Italiener, welche Mazzini direkt von London herübergeschickt haben soll. — Man erzählt mit großer Bestimmtheit, daß Solar verhaftet worden sei. — Die Caisse Mirès bezahlt, durch Intervention anderer Finanzkräfte, die von ihr acceptirten Tratten. Herr v. Lavalette soll von Konstantinopel aus auf diese Nothwendigkeit dringend hingewiesen haben, solle die Türkei nicht in äußerste Geldverlegenheit kommen. — Das soeben erschienene halboffizielle „Annuaire Diplomatique" führt nicht mehr die Rubriken Parma, Toscana und Modena, wohl aber noch die Rubrik Beider Sicilien. — Eine Depesche aus Warschau vom 13. d. meldet, daß man dort Adressen aus Mohilew, Polotsk, Wilna, Grodno und Minsk empfangen hat. Dieselben drücken der Bevölkerung von Warschau ihre Sympathien aus. — Eine Depesche aus Kochinchina meldet, daß die anamitische Armee sich nach ihrer Niederlage auf Hué zurückgezogen hat. — Gestern fand bei Herrn Havin, dem Direktor des „Siècle", eine glänzende Soirée statt. Die Veranlassung dazu gab die Zusendung der Statue, die von den verschiedenen italienischen Komité's ihm als dem Vertreter der liberalen französischen Presse wegen seiner Sympathie für die italienische Sache gewidmet worden ist. Diese Statue, die wegen ihrer Größe sich nicht wohl zur Ausstellung in einem Salon eignet, soll zunächst in der Ausstellung der lebenden Künstler einen Platz finden. Das Fest war sehr glänzend. Frau Ristori trug ein von Legouvé verfaßtes, der Freiheit und Einheit Italiens gewidmetes Gedicht vor, während die ersten Sänger des italienischen Theaters den musikalischen Theil des Festes besorgten.

— [**Verhaftungen.**] Die Polizei hat eine Razzia im großen Stil der 50ger Jahre vorgenommen. Außer Blanqui wurden, wie bereits mitgetheilt, Senique, ein kommunistischer Drechsler, alter Verschwörer und schon aus den Junitagen von 1848 bekannt, verhaftet, mit ihnen aber 50—60 andere Personen, großentheils Handwerker. Etwa die Hälfte der Verhafteten ist wieder frei; gegen die übrigen wird noch prozedirt. Sie stehen im Verdacht, eine Verschwörung gegen das Leben des Kaisers unterhalten zu haben. In den Tuilerien soll die Entdeckung des Komplots eine um so größere Unruhe hervorgerufen haben, als man fürchtet, die Andeutungen eines Redners im gesetzgebenden Körper könnten mit dem Ereigniß in Verbindung gebracht werden und dieses als eine Bestätigung gelten. Und es läßt sich nicht leugnen, die römische Frage hat in den Departements eine Bewegung erzeugt, die der Regierung nicht gleichgültig sein kann. Die Mandements der Bischöfe haben eine Wirkung, welche durch das gerichtliche Schauspiel, das man aufzuführen beabsichtigt, ebenso wenig als durch das Zirkular des Herrn v. Persigny an die Präfekten zu beseitigen sein wird. (BHZ.)

Paris, 16. März. [**Telegr.**] Der heutige „Moniteur" meldet in einem Bülletin, daß die Konferenz gestern beschlossen habe, die französische Okkupation Syriens bis zum 5. Juni zu verlängern. (Unser Berliner AD Korr. vom 15. d. in der Sonnabendszeitung hatte dies schon angedeutet. D. Red.) — Aus **Turin** wird gemeldet, daß Graf Cavour auf eine Interpellation bezüglich Roms eine desfallsige Diskussion als zeitgemäß und nützlich anerkannt habe; er werde am 21. d. Erläuterungen geben. — Die heutige „Patrie" dementirt die Nachricht, daß am 14. d. eine Manifestation zu **Rom** stattgehabt habe und daß dieselbe unterdrückt worden sei. Sie dementirt gleichzeitig den nahe bevorstehenden Rückzug der Franzosen aus Rom und versichert, daß Graf Rechberg von London nach Paris kommen werde.

Niederlande.

Haag, 14. März. [**Neues Ministerium.**] Der „Staats-Courant" bringt die offizielle Bekanntmachung von der neuen Zusammenstellung des Ministeriums. Die Dimissionsgesuche des Barons Heemstra, des Herrn Casembroot, Kriegsministers, des Herrn Godefroi, Justizministers, sind abgelehnt, und der Baron van Zuylen van Nyevelt, seitheriges Mitglied der Zweiten Kammer der Generalstaaten, ist zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herr Strens, ebenfalls Mitglied der Zweiten Kammer, zum Minister des römisch-katholischen Kultus; Herr van Tets van Goudriaan, der vor ganz kurzer Zeit als Minister des Innern das Portefeuille niederlegte, zum Finanzminister; Herr Loudon, Generalsekretär beim Kolonialdepartement, zum Kolonialminister; der Ritter Huyssen van Kattendyke, Seekapitän und Adjutant des Königs, zum Marineminister, und Herr Jolles, Generaladvokat beim Gerichtshofe der Provinz Nordholland, zum Minister des protestantischen Kultus ernannt. Somit scheiden aus dem Ministerium: der Marineminister Herr Lotsy, der viele Jahre hindurch, trotz des häufigen Wechsels der Ministerien, an der Spitze seines Departements verblieb und zuletzt die Geschäfte des Finanzministers ebenfalls wahrnahm, und den die königliche Gnade so eben zum Staatsminister erhoben hat; Herr Mutsaers, Minister des römisch-katholischen Kultus; Herr Cornets de Grot van Fraaienburg, vor Kurzem ernannter Kolonialminister, und der Baron van der Goes, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, der dieses Portefeuille erst vor wenigen Wochen erhielt. Die neu ernannten Minister finden wir zum Theil nicht zum ersten Male an der Spitze ministerieller Departements. Der Baron van Zuylen gerirte sich bereits während einiger Monate als Minister der auswärtigen Angelegenheiten, da das Ministerium Thorbecke sein Testament machte. Herrn Strens kannten wir als Minister der Justiz. Zum ersten Male treten in die hohen Funktionen die Herren Jolles, gleich angesehen als Rechtsmann und Amsterdamer Bürger; der Ritter Kattendyke, dessen Vater als Staatsmann bleibende Erinnerungen hinterließ, und Herr Loudon. Die Ernennung dieses letzten enttäuschte die Berechnung so manches Politikers, und die Federn sind bereits in Bewegung, um die Zweckmäßigkeit, ja überhaupt die Möglichkeit dieser Berufung in Zweifel zu ziehen. Herr Loudon ist der Sohn eines Engländers, welcher letztere Jahre lang in den niederländisch-ostindischen Besitzungen, wo er sich kein niederländisches Unterthansrecht erwarb, und nur kurze Zeit in den Niederlanden selbst sich aufhielt. Der neue Kolonialminister wurde in niederländisch Ostindien geboren, aber als Sohn eines englischen Staatsangehörigen. Man ist keineswegs sicher, ob Herr Loudon, der Vater, während seines kurzen Aufenthalts im Mutterlande sich als Niederländer naturalisiren ließ, und da nun, wie der Justizminister Godefroi noch vor gar nicht langer Zeit in den Kammern erklärte, überhaupt ein Engländer, der nie seine Heimathsrechte verliert, niemals eine Naturalisation als niederländischer Unterthan erlangen könne, so schließt man, daß dieses Verhältniß auch Herrn Loudon in seiner Eigenschaft als Niederländer entgegentrete. Nach den Bestimmungen des Grundgesetzes aber hätte Herr Loudon, der neue Kolonialminister, nicht einmal das Amt eines Generalsekretärs bekleiden dürfen, noch viel weniger wäre er als Ausländer berechtigt, das Portefeuille dieses Departements zu übernehmen. (Pr. Z.)

Schweiz.

Bern, 13. März. [**Professor Hildebrand**], dessen Flucht wegen der Ostwestbahn-Angelegenheit behauptet worden war, ist gestern in die Schweiz zurückgekehrt und diesen Morgen dahier wieder eingetroffen.

Italien.

Turin, 14. März. [**Tagesbericht.**] Die Deputirtenkammer hat das Gesetz in Betreff der Proklamirung Victor Emanuels als König von Italien mit Einstimmigkeit angenommen. — Nach der „Opinione" versichert man, daß der Minister des Innern dem Parlamente einen Gesetzentwurf vorgelegen wird, welches ein nationales Erinnerungsfest an die Institutionen des Königsreichs Italien beantragt. Dem Klerus wird es freigestellt, dasselbe durch religiöse Cerimonie zu feiern. — Dem „Diritto" zufolge wird der Abgeordnete Ricciardi einen Gesetzentwurf einbringen, welcher die Konvertirung der geistlichen Güter in Staatsrenten beantragt. — Der „Opinione" vom 13. März zufolge wird das aktive „Heer Italiens" aus sechs Armeekorps, einer Reserve-Kavalleriedivision und einer Reserveartillerie gebildet werden und eine Stärke von 303,000 Mann haben. Das Kriegsministerium publizirte bereits die Zusammensetzung der einzelnen Korps. — Man versichert, schreibt die „Italie", daß sich am 27. d. eine Arbeiterdeputation zum Besuche Garibaldi's von Genua nach Caprera begeben wird. Die Gesellschaft „Rubattino" hat ihr freie Ueberfahrt angeboten. — Man versichert dem „Pungolo", daß die Regierung Victor Emanuels die Absicht habe, alle Eisenbahnen zu verkaufen. Sie wolle sich das nöthige Geld verschaffen, um den bevorstehenden ernsten Eventualitäten die Stirne bieten zu können.

Rom, 10. März. [**Die Rede des Prinzen Napoleon; französischer Klub.**] Das Reuter'sche Büreau bringt telegraphische Nachrichten, welchen zufolge der Herzog von Grammont den Auftrag erhalten hätte, den Papst davon in Kenntniß zu setzen, daß der Kaiser der Franzosen die vom Prinzen Napoleon im Senate gehaltene Rede desavouire. (?) — Die Franzosen, welche nach Rom gekommen waren, um Sr. Heiligkeit ihre Dienste anzubieten, hatten einen Klub gebildet und wollten ein politisches Blatt gründen.

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Aus **Neapel** ist am 12. März in Marseille die Nachricht eingetroffen, daß zur Unterdrückung von Reaktionsbewegungen Truppen nach Lecco (in der Terra d'Otranto) geschickt wurden, so wie daß Liborio Romano den Kardinal Erzbischof von Neapel besucht und aufgefordert hat, der Regierung sich zu unterwerfen. Der Kardinal Erzbischof von Gaëta hat das Großkreuz des St.

Moritz- und Lazarusordens bekommen. — Durch die aus Gaëta nach Neapel transportirten Kranken brach der Typhus in den Spitälern und selbst in der Stadt aus.

Man schreibt dem „Ami de la Réligion" aus Neapel: „Die muratistische Partei ist stärker als je. Jeden Morgen sind die Mauern mit Inschriften: „Es lebe Murat" bedeckt. Die Polizei läßt sie wegnehmen und durch andere „Es lebe Garibaldi" ersetzen. Nigra ist in Verzweiflung und schreibt Brief um Brief nach Turin, um abberufen zu werden. Spaventa erklärt überall, daß die Lage nicht mehr haltbar ist. In der Nacht vom Donnerstag wurden etliche Personen verhaftet; man glaubt wegen muratistischer Umtriebe. Die französische Legation und das Konsulat sind über die Sachlage um so besorgter, als die von den Piemontesen zurückgestoßenen und dem Elend preisgegebenen Garibaldianer anfangen, sich der muratistischen Bewegung anzuschließen."

Die amtliche Turiner Zeitung bringt folgende Depesche Cialdini's an den Kriegsminister zur Oeffentlichkeit: „Messina, 13. März. Die Zitadelle hat sich nach viertägigem Feuer auf Gnade und Ungnade ergeben. Unsere Artilleristen haben in der Zitadelle eine große Feuersbrunst entzündet. Die Kapitulation wurde abgeschlagen. Gefangene: 5 Generale, 150 Offiziere, 5000 Mann; 300 Kanonen fielen uns in die Hände." Dem „Moniteur Universel" scheint diese Wendung unbequem zu sein, denn er hält auch heute noch an der gestrigen Darstellung fest, daß die Zitadelle „kapitulirt" habe. Die Meldung des „Moniteur" lautet: „Die Post aus Italien ist heute nicht eingetroffen (d. h. in Paris; aber sollte der Telegraph des Herrn Thouvenel vor Staunen die Sprache verloren haben?), eine Privatdepesche aus Turin jedoch deutet an, daß in dieser Stadt viel von eingeleiteten Verhandlungen wegen Uebergabe der Zitadellen von Messina und Civitella del Tronto die Rede war. Wir zeigten gestern den glücklichen Ausgang dieser Verhandlungen an, welcher den guten Diensten der kaiserlichen Regierung zu danken ist. Eine andere telegraphische Depesche meldet, daß die Zitadelle von Messina heute Morgen kapitulirt hat." Heute Morgen heißt nach dem Pariser Datum des „Moniteur": am Morgen des 13. März, und dieses Datum stimmt genau mit dem der Cialdini'schen amtlichen Depesche überein, während in der Turiner Depesche der 12. März als der Tag bezeichnet wurde, an welchem das Ereigniß sich zugetragen habe.

Portugal.

Lissabon, 11. März. [Die barmherzigen Schwestern; Ministerkrisis.] Die portugiesische Regierung hat den Cortes einen Gesetzentwurf für die Reorganisation des Ordens der barmherzigen Schwestern vorgelegt. Die Minister sind in Betreff der religiösen Fragen verschiedener Meinung. Es hat eine große Volksversammlung stattgefunden. Die Herren Loulé und Saldanha wurden mit Beifall empfangen. Eine Kommission wurde ernannt, um sich mit Saldanha ins Einvernehmen zu setzen. Die Cortes sind getheilt, und ein Ministerwechsel scheint gewiß. Es ist die Rede von einer Verbindung, in welcher der Marquis v. Loulé und Saldanha figuriren würden. Die Gemüther sind aufgeregt.

Rußland und Polen.

Warschau, 12. März. [Vermehrung des Militärs; Zirkular an die jüdischen Gemeinden.] Man schreibt dem „Czas": So viel bis jetzt bekannt, sind am 25. und 27. v. M. 147 Personen verwundet worden. Indeß giebt es noch gar Manchen, der aus Furcht seine Wunden verheimlicht, eine Furcht, die sich zum Theil dadurch rechtfertigt, daß die Regierung täglich neue Truppen nach Warschau und dem Königreich zieht. Hier in der Stadt werden Lagerhütten für die neuen Truppen vorbereitet. Das Ulanenregiment, welches am 27. v. M. auf dem Sächsischen Platze aufgestellt war, ist aus Warschau fortgeschickt. Wie es scheint, ist das Vertrauen auf dieses Regiment nicht stark. Das Schloß des Statthalters ist von Militär überfüllt und der Durchgang zur Kirche St. Johannes vermauert worden. Die zweite Division des 1. Armeekorps soll auf dem Wege nach dem Königreich sein, so daß dann mit den irregulären Truppen gegen 80,000 Mann im Königreich sein werden. — Die Geistlichkeit der jüdischen Gemeinde zu Warschau hat an alle jüdischen Gemeinden des Königreichs ein Zirkular erlassen, worin alle Bedrückungen aufgezählt werden, welche die Regierung seit 1831 gegen die Juden ausgeübt, und worin auf das Nachdrücklichste ermahnt wird, sich zum Besten des Vaterlandes mit den polnischen Brüdern zu vereinigen.

Warschau, 14. März. [Reformen.] Das Gerücht, wonach der Kaiser dem Lande einige Konzessionen gemacht hat, bestätigt sich. Das allerhöchste Handschreiben (s. ob.) ist nämlich nur der erste Theil des ganzen Briefes. Fürst Gortschakoff ließ gestern den Grafen Zamoyski und den Bankier Kronenberg zu einer Privatunterredung zu sich entbieten, in welcher er denselben vertraulich mittheilte, daß der Kaiser im weiteren Verlauf seines Schreibens für das Königreich Polen Reformen einzuführen in Aussicht gestellt habe. Diese Reformen sind: 1) die Kreirung eines Staatsrathes (rada stanu), in welchen befähigte, Vertrauen genießende Bürger berufen werden sollen; 2) die Errichtung von Munizipalräthen für die Städte des Königreiches, auf Grund freier Wahlen; 3) vollständige Aenderung des Systems der öffentlichen Erziehung; 4) es werden befähigte, Vertrauen genießende Bürger berufen werden, um über die Bedürfnisse des Landes zu berathen.

Diese Projekte sollen ausführlich ausgearbeitet und im Laufe von 12 Tagen veröffentlicht werden. Die Deputirten theilten den Inhalt dieser Unterredung in der gestrigen Abendsitzung dem Bürgerausschuß mit. Sehr verschieden sind die Beurtheilungen und die Aufnahme, welche die in Aussicht gestellten Reformen bei der Bevölkerung gefunden haben. Während die Gemäßigten sich der Konzessionen freuen, sagt der heißblütigere Theil der Einwohner, der Staatsrath sei kein gesetzgebendes Institut, er werde sogar nicht einmal ein Organ sein, durch welches das Land seine Bedürfnisse zur Sprache bringen könne. Der Staatsrath sei eine Staatsbehörde. Polen sei bereits im Besitze eines Staatsrathes gewesen, sowie eines Kassationshofes; diese Institutionen seien aber aufgehoben und in einen dirigirenden Senat umgewandelt worden. Der frühere Staatsrath habe Administrationsangelegenheiten, Jurisdiktionsstreitigkeiten und die Gesetzprojekte, welche ihm vom Staate vorgelegt wurden, be- und ausgearbeitet. Nie und nirgends habe der Staatsrath gesetzgebende Attribution besessen, und somit werde auch der für Polen einzuführende Staatsrath keine solche erhalten, vielmehr lediglich eine Staatsbehörde sein, die die Bedürfnisse des Landes weder zu würdigen noch ihnen zu genügen im Stande sein werde. Sollte der Staatsrath indessen in eine administrative und gesetzgebende Abtheilung getrennt werden, so könnte er theilweise dem Erforderniß entsprechen, indessen auch nur bei einer Volksvertretung mit Initiative, bei freier Wahl und Heer, welches die Existenz der Konstitution garantiren würde. Was die auf Grund von Wahlen zu errichtenden Munizipalräthe für die Stadt anbelangt, so wird diese Konzession als eine nothwendige Reform angesehen. Es müsse aber mit derselben volle Emanzipation der Gemeinden von der Büreaukratie und die Unterordnung der Polizei unter den Munizipalrath verbunden sein, im anderen Falle bestehe die Reform nur dem Worte, nicht der That nach.

Von dem dritten Punkte erwartet man nur dann eine wirkliche Aenderung des Systems und eine Besserung, wenn die Regierung eine aus freier Wahl hervorgegangene Unterrichtsbehörde einrichten und ihr die Aufsicht über die Schulen übertragen werde. Sollte dagegen der Unterricht nach wie vor, wenn auch in veränderter Form und Weise, unter der Leitung des Herrn Muchanoff bleiben, dann werde auch diese Reform keine gedeihliche Wirkung ausüben können. An dem vierten Punkte wird am meisten Anstoß genommen. Das Berufen von Vertrauensmännern durch die Regierung entspricht nicht den Wünschen und Forderungen der in Rede stehenden Partei des Landes. Sie fürchtet, daß diejenigen Personen, welche die Regierung berufen werde, Leute sein werden, welche das Vertrauen der Regierung, nicht aber das des Landes besitzen. Dies sind ungefähr die Meinungen, welche wir am heutigen Tage über die in Aussicht stehenden R:formen aussprechen hörten, und zu welchen sich der größte Theil der Einwohnerschaft Warschau's bekennt. Die Trauerzeichen an Hut und Röcken sind noch nicht abgelegt, Theater und öffentliche Orte wenig besucht. (Br. Z.)

Warschau, 15. März. [Die Bürgerdelegation; das Reskript des Kaisers.] Wie in ihrer ganzen bisherigen Haltung hat unsere Bürgerdelegation auch nach der vorgestrigen Mittheilung von Seiten des Fürsten-Statthalters ihren richtigen Takt aufs Neue bewährt. In der Plenarsitzung, die am Abend auf dem Rathhause stattfand, faßte sie den Beschluß, das vom Volke im Augenblick der Aufregung am 27. v. M. erhaltene Mandat in die Hände des Volkes niederzulegen, und den Statthalter zu ersuchen, die Konstituirung einer neuen Delegation durch allgemeine Wahlen auf gesetzlichem Wege anzuordnen, die sodann als förmliches Organ des Willens und der Gesinnung der Bürger ihre Autorität zur Erhaltung der Ordnung und Ruhe in der Stadt und ihre moralische Macht zum Wohle des ganzen Landes geltend machen könnte. Auch beschloß die Delegation, an den Fürsten-Statthalter ein Memorandum zu richten, worin die nothwendigsten Veränderungen in der administrativen und polizeilichen Organisation der Stadt und die dringendsten allgemeinen Bedürfnisse des Landes hervorgehoben und zur Prüfung empfohlen werden sollen. Als das Protokoll dieser Sitzung der von vielen Hunderten besuchten Bürgerversammlung durch Verlesung mitgetheilt wurde, war der Beifall äußerst lebhaft; unter warmer Anerkennung der bisherigen Wirksamkeit der Delegation wurde dieselbe auf das Dringendste ersucht, bis zur Organisation der aus den Wahlen hervorgehenden neuen Delegation in Wirksamkeit zu bleiben, was die Delegirten willig annahmen. — Das allerhöchste Reskript des Kaisers an den Fürsten Gortschakoff, welches der Deputation im Schlosse mitgetheilt wurde, ist nun wider Erwarten in den Blättern zur allgemeinen Kenntniß gebracht worden. (Wir theilen es noch ganz vollständig mit, obwohl es unserem Telegramm in Nr. 62, mit Ausschluß von Einzelnem, fast nichts Neues mehr hinzufügt. D. Red.) Es lautet wie folgt: „Fürst Michael Dmitriewicz! Ich habe die Petition, welche Sie mir eingesandt haben, gelesen. Ich sollte sie als null und nichtig betrachten, da einige Individuen, unter dem Vorwande von Unordnungen, welche auf der Straße hervorgerufen worden sind, sich das Recht anmaßen, aus eigener Machtvollkommenheit das ganze Verfahren der Regierung zu verurtheilen. Indessen will ich darin nur eine Ueberstürzung sehen. Ich widme alle meine Sorgen den wichtigen, für mein Land nothwendigen, durch die Zeit und die Entwickelung der Verhältnisse gebotenen Reformen. Meine Unterthanen des Königreiches haben einen gleichen Antheil an meiner Fürsorge. Alles, was ihre Wohlfahrt verbürgt, ist und wird mir nicht gleichgültig sein. Ich habe ihnen bereits meinen Wunsch, sie an den Wohlthaten nothwendiger, wirkicher und fortschreitender Verbesserungen Theil nehmen zu lassen, kundgegeben. Ich bewahre dieselben Absichten und dieselben Gefühle noch jetzt. Ich habe das Recht, darauf zu rechnen, daß dieselben weder verkannt, noch durch unzeitige übertriebene Forderungen, welche ich mit dem Wohle meiner Unterthanen nicht vereinigen könnte, paralysirt werden. Ich werde alle meine Pflichten erfüllen. In keinem Falle werde ich aber die materielle Unordnung dulden. Man baut Nichts auf solchem Grunde. Wünsche, welche auf solchem eine Stütze suchen sollten, würden sich selbst verurtheilen. Sie würden Alles Vertrauen zerstören und bei mir eine strenge Zurechtweisung finden; denn es hieße das Land von dem Wege des regelmäßigen Fortschrittes, auf dem es zu erhalten mein unabänderlicher Wunsch bleibt, ablenken. (Eigenhändig von Sr. Majestät geschrieben.) Ihr wohlgeneigter Alexander. Petersburg, 25. Februar (9. März) 1861. Die Regierung scheint durch die Veröffentlichung dieses Schreibens, welches eine Strafpredigt für die Polen ist, eine Kraft und Energie behaupten zu wollen, wie diese während der Ereignisse der letzten vierzehn Tage nicht entwickelt wurden. Die Deputation hat es ja dem Statthalter zu mehreren Malen ausgesprochen, daß Bayonnette und Kanonen zwar Menschenleben vernichten, keineswegs aber auf die moralische Macht der öffentlichen Meinung eingreifend wirken könnten. Nach dem Inhalt des kaiserlichen Reskripts scheint man Se. Maj. von der wahren Lage der Dinge wohl nicht genügend unterrichtet zu haben. (?) Mit Versprechungen, vermuthen wir, läßt sich das Volk jetzt nicht so leicht zufrieden stellen. Unter solchen Umständen macht die Publikation einen um so niederschlagenderen Eindruck auf das Publikum, als die Delegation den Inhalt des Reskripts sammt den sonst in Aussicht gestellten Konzessionen in einer Weise mitgetheilt hatte, welche beruhigend gewirkt hatte. (Sie hätten das eben nicht thun sollen. D. Red.) Die von der Delegation mit so großer Mühe und so schönem Erfolge aufrecht erhaltene ruhige Stimmung dürfte noch manchen Stoß erhalten. (Schl. Z.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 8. März. [Die Scharfschützenvereine.] Die offizielle „Posttidning" enthält eine königl. Verordnung in Betreff der freiwilligen Scharfschützenvereine, die sich in letzter Zeit in großer Anzahl in allen Theilen des Landes gebildet haben. Der Oberbefehlshaber derselben wird vom Könige aus drei ihm vorgeschlagenen Personen gewählt. In Kriegszeiten müssen die Vereine Dienste thun, indeß bloß in dem von ihnen selbst zu bestimmenden Bezirk; sie sind jedoch dann den Kriegsgesetzen unterworfen.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

Berlin, 15. März. [15. Sitzung. Schluß.] Graf Arnim-Boytzenburg giebt einige thatsächliche Berichtigungen, auf welche Herr Hasselbach das Nöthige entgegnet und besonders den Wunsch ausspricht, daß sämmtliche Verhandlungen der Kommission über den Antrag gedruckt den Mitgliedern des Hauses zugingen (Sehr richtig! links), worauf Graf Arnim noch länger und so lange spricht, daß der Präsident ihn schließlich erinnert, wie er die Grenze einer thatsächlichen Berichtigung wohl nicht eingehalten. — Graf v. Hoverden spricht gegen die Regierungsvorlage. Er hebt hervor, daß die Grundsteuerausgleichung eine danernde Kommission nöthig machen werde als ein Gespenst, ähnlich der Generalkommission. (Heiterkeit.) — Frhr. v. Diergardt glaubt nach dem sehr vollständigen Vortrage des Herrn Camphausen (Köln) sich kurz fassen zu können. Bei Uebernahme der Rheinprovinz 1815 von Preußen habe der König Friedrich Wilhelm III. proklamirt, daß keine neue Steuer eingeführt werden solle, bis die Grundsteuer regulirt sei. Zu welchem Ertrage die Grundsteuer in Preußen fähig sei, das ergebe Frankreich, welches etwa 130 Mill. Thlr. Grundsteuer zahle, wonach Preußen ungefähr 60 Millionen aufzubringen im Stande wäre. So lange aber die Grundsteuerregulirung nicht stattgefunden habe, werde ein Finanzminister in Preußen immer mit sehr großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Er, der Redner, werde daher für die Vorlage und gegen den Antrag stimmen. — Graf v. d. Gröben-Neudörfchen erkennt dem Antrage des Grafen Arnim insofern eine besondere Beachtung zu, als er die Mittel zur nothwendigen Militärreorganisation sogleich biete; er werde aber von dieser Anschauung ablassen, wenn man ihn von der zu schwierigen oder gar der unmöglichen Ausführung der Vorlage überzeuge. Unter allen Umständen halte er es aber für dringend nöthig, Preußen in jeder Beziehung stets bereit zu halten, schnell und wohl ausgestattet zum Schwerte greifen zu können. — Graf v. Rittberg kann dem Antrage des Grafen Arnim nicht zustimmen, der viele ländliche Grundbesitzer, besonders auch in Schlesien, sehr hart betreffen würde. Er hält dafür, daß die Grundsteuerfrage ihre Erledigung finden müsse, und er hege die Hoffnung, daß diese Ueberzeugung, gegenüber dem Ministerium Hohenzollern, auch zureichenden Ausdruck finden werde. — Dr. Stahl will nicht vom finanziellen Standpunkte aus für die Vorlage und den Antrag sprechen; aber das müsse er vorweg erklären, daß der Antrag, an dem er Antheil habe, deshalb gestellt sei, um der Regierung für den Fall, daß ihre Vorlage die Annahme nicht finden sollte, ein möglicher Weise noch geeigneteres Mittel zu bieten zur Befriedigung der finanziellen Bedürfnisse des Staates. Würden übrigens die Antragsteller davon überzeugt, daß die Grundsteuer eben so gerecht als ausführbar sei, dann würden sie gewiß nicht an ihrem Antrage festhalten. Die vorliegende Frage sei weniger eine des Interesses, als vielmehr eine des Rechts und der Gerechtigkeit. (Bravo! rechts.) Als eine Ehrensache des Herrenhauses und der preußischen Grundaristokratie habe ich im vorigen Jahre die Sache angesehen und sehe sie jetzt noch an. Wir haben gerade diese Steuer vorgeschlagen, um unsere Opferwilligkeit nicht nur zu dokumentiren, sondern auch zu bethätigen, sonst hätte es nahe gelegen, andere Steuern in Vorschlng zu bringen, z. B. die Salzsteuer. Die Grundsteuervorlage betrifft keineswegs das Interesse des großen Grundbesitzes. Ich darf dem das Zeugniß geben, daß in allen Fragen, wo das Geldinteresse ins Spiel kam, ich den Geldbeutel nicht geschont habe. Hier aber handelt es sich nicht um Geld, sondern um Gerechtigkeit. Der Staat hat einen Antheil an dem Ertrage des Grund und Bodens, das ist naturgemäß, das ist richtig, gerade wie er einen Antheil an Grund und Boden selbst hat durch die Domänen. Was ich bekämpfe, ist die Nivellirung der Grundsteuer, ist, daß sich der Staat das Recht zuschreibt, in jedem Augenblicke den Antheil an dem Ertrage von Grund und Boden erhöhen zu können. Die Grundsteuer in ihrer volkswirthschaftlichen Natur ist eine Rente. Ich will auf die Grundsteuer nicht die Prinzipien der Einkommensteuer übertragen, ich bin kein Freund der Einkommensteuer. Es giebt nur zweierlei Arten gerechter Steuern: die indirekten, Gewerbesteuern und eine gesunde Grundsteuer; die ander Art sind die Einkommensteuern. Bei der Grundsteuer hängt es nicht davon ab, wie viel das Grundeigenthum tragen kann, sondern wie viel die Grundeigenthümer tragen können. Der Reinertrag ist gleichmäßig herzustellen gar nicht möglich, und wäre es möglich, so wäre er in dem Augenblick, wo er hergestellt ist, nicht mehr wahr. Der Antrag ist gerecht, weil er die Kapitalisten so gut heranzieht, wie das Grundeigeuthum; ist gerecht, weil er die Ungerechtigkeit der Grundsteuervorlagen beseitigt. Während die Grundsteuer nur den Boden treffe, treffe die fundirte Einkommensteuer jedes Einkommen und empfehle sich daher durch die Allgemeinheit des Steuerobjekts. Obwohl nun das Herrenhaus so wenig regiere, als das Haus der Abgeordneten, so habe doch jedes, also auch das Herrenhaus, das Recht, abzulehnen, was es nach seiner Ueberzeugung nicht billigen könne. Wäre der Redner Finanzminister, so würde er die Grundsteuerregulirung dadurch zum Ende führen, daß er sie für erledigt erklärte. (Heiterkeit.) In England habe man die Grundsteuerfrage erledigt zur Beseitigung der Spannung unter den gesetzgebenden Faktoren, hier werfe man diese Frage auf, den Zwiespalt zu schaffen. (Sehr richtig! links.) Das Herrenhaus habe nicht erst Ansehen im Lande zu gewinnen, es besitze solches bei einer großen Menge im Lande, und darum werde es auch der Grundsteuer zustimmen können, nach seiner Ueberzeugung ohne jede andere Rücksicht.

Graf Reventlow: Der Antrag ist gegen das Grundsteuergesetz gerichtet, nicht um es zu ergänzen, sondern um es zu beseitigen. Ich kann nicht für denselben stimmen, bin vielmehr gegen seine Form und seine Begründung. Wenn man den Grundsteuervorlagen den Vorwurf einerseits macht, daß sie erst zukünftig augenblickliche Bedürfnisse decken sollen, und wenn man andererseits behauptet, die Armeereform sei in keinem Zusammenhange mit der Grundsteuer, so fallen mit letzterer Behauptung alle Gründe, welche für den Antrag und gegen die Grundsteuer vorgebracht würden. Sämmtliche Steuern haben bedeutende Erhöhungen seit Jahren erfahren und es ist billig, daß diese auch der Grundsteuer werde. In jedem gesunden Volksleben sei eine tüchtige Aristokratie nothwendig; aber diese solle nicht allein im Kriege vorangehen, sondern auch im Frieden opferwillig sein. (Lebhaftes Bravo!) Man habe erinnert, daß die Grundsteuerfrage 40 Jahre schwebe; nun, dann sei es wahrlich Zeit, durch ihre Regulirung ihr ein Ende zu machen. Sicher werde sie sonst immer bedenklicheres Gewicht erhalten, und daß sei heute mehr als je zu verhüten, da täglich das Vaterland seine ungestörte Kraft bedürfe. Bedenken Sie, meine Herren, daß eine gefahrdrohende Wolke immer höher nnd höher am Horizonte herauffsteigt! (Lebhaftes Bravo!) — Herr v. Senfft-Pilsach: Es ist eine eigenthümliche Stellung, wenn ein Herr vom !!fremden Auslande!! herkommt und uns von preußischem Patriotismus spricht, die wir von preußischen Eltern geboren sind. (Bravo! rechts.) Wir brauchen keinen Mahnruf von Dänemark her. Ich habe so von geheimen Versammlungen gehört, in denen dieser Antrag diskutirt worden ist. (Mißbilligung.) — Der Präsident: Ich muß bemerken, daß geheime Versammlungen im Hause, so lange als ich die Ehre habe, Präsident zu sein, nicht statthaben werden. — Herr v. Senfft-Pilsach fährt fort: Wo der Reichthum des Landes stecke, sei doch wohl kein Geheimniß: hauptsächlich in den Städten. Wolle man sich überzeugen, wo der Wohlstand herrsche, so sehe man, was in den Städten auf Gebäude, Schauspielhäuser, Rathhäuser, öffentliche Promenaden 2c. verwendet werde. In den Städten werde weniger Einkommensteuer gezahlt, als auf dem Lande, weil es dort viel öfter von unabschätzbarem, hier von nachweisbarem Einkommen gezahlt werde. Die Herren, welche gegen den Antrag stimmten, nun, sie stimmten für ihr Interesse. (Oho! links.) — Herr Krausnick giebt zur thatsächlichen Berichtigung, daß Berlin zur Grundsteuer, wenn auch unter dem Titel der Gebäudesteuer, sehr erhebliche Summen zahlen werde. — Graf Dyhrn hebt hervor, daß es in diesem Hause keine Dänen gebe und daß es Preußen zur Ehre gereiche, Männer vom meerumschlungenen Holstein und vom schönen Schwabenlande unter sich zu sehen, die Preußens Wohl erstrebten. Sie seien alle deutscher Abkunft, wenn auch nicht in Preußen geboren, und es treffe daher hier das Königswort zu: „Von Fels zu Meer!" — Die Debatte wird hierauf vertagt auf morgen.

Berlin, 16. März. [16. Sitzung.] Am Ministertische Graf v. Pückler, Graf v. Schwerin, v. Patow, v. Bernuth, v. Auerswald, Fürst zu Hohenzollern und Reg. Komm. Geh. R. Bitter. — Präs. Prinz zu Hohenlohe eröffnet die Sitzung um $11\frac{1}{4}$ Uhr, und macht derselbe nach einigen geschäftlichen Mittheilungen den Vorschlag, das Präsidium des Hauses damit zu beauftragen, die Glückwünsche desselben zu dem Allerh. Geburtstage Sr. Maj. des Königs

(Fortsetzung in der Beilage.)

abzustatten, womit das Haus sich einverstanden erklärt. — Hierauf zur Tagesordnung übergehend (Antrag des Grafen v. Arnim-Boytzenburg), erhält zuerst das Wort Herr v. Düesburg: Die Grundsteuerausgleichung sei schon deshalb eine Nothwendigkeit, weil sie nur einer gerechten Besteuerung entspreche. Aber auch um deswillen sei diese Ausgleichung wichtig, weil durch sie der Katastralwerth des besteuerten Grundbesitzes sich von 22 Mill. auf 34 Mill. Thlr. erhebe. Abgesehen nun von bedenklicher Erhöhung der Steuerlast Vieler durch die Ausführung des Antrags, so sei diese auch, wie von verschiedenen Seiten nachgewiesen, außerordentlich schwierig, und daher sei dem Hause nur die Annahme der Grundsteuervorlage, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen. — Herr v. Waldaw-Steinhövel resümirt: Der Finanzminister fordert Geld und weist das Bedürfniß zu dieser Forderung nach. Wir erkennen das Bedürfniß an und sind bereit, das Geld zu geben. Die Finanzlage befindet sich wegen des nahen Ablaufs des Zollvereinsvertrages in einem Provisorium; solche Perioden treten regelmäßig im Staatenleben ein, die letzte war in den 20ger Jahren, wo die ganze Finanzverwaltung einer gründlichen Reform und Revision, mit glücklichem Erfolge ausgeführt, unterworfen worden war. Der Redner hebt die Erhöhung der Grundsteuer hervor und dieser Erhöhung gegenüber schlagen wir nunmehr unsererseits die temporäre Erhöhung der Einkommensteuer vom fundirten Einkommen vor. Der wesentliche Unterschied zwischen beiden Vorschlägen ist, daß der unsrige nur die Wohlhabenderen trifft, der des Ministers auch auf den Aermeren lasten wird. Die zukünftigen Pläne des Ministers kennen wir nicht, aber nach dem uns vorliegenden zu schließen, will er Finanzoperationen auf dem Wege der direkten Steuern machen, während wir den Weg der indirekten vorschlagen; erst wenn diese Quellen versiegen, wollen wir zu den direkten Steuern übergehen, und dann würden wir höchst wahrscheinlich einer Erhöhung der Grundsteuer mit Freuden zustimmen. Der Redner resümirt nun noch die gegen den Antrag erhobenen Bedenken. Gegen den gestellten Antrag werde besonders eingewendet, daß er nicht ausführbar sei, aber dann sei die Einkommensteuer überhaupt unmöglich; dennoch bestehe sie und es handle sich nach dem Antrage nur um eine Erhöhung derselben von 2 Mill. Thlrn. Man sage, es fehle an Unterlagen für die Ausführung des Antrages; nun, unser Herrgott habe bei seinem Schöpfungswerke gewiß nicht nach vorhandenen Unterlagen gefragt und dennoch das Größte geschaffen. Wir wollen mit unserem Antrage nur die Zeit hinausschieben, in der es heißen werde: „das Geld oder das Leben!" Es sei durchaus nicht zuzugeben, daß der Antrag gegen die Grundsteuervorlage gerichtet sei. (!) Ohne Unterlage, ohne Listen und Kataster eine Grundsteuer auflegen, ist so recht ein Werk der Büreaukratie. Wir wollen mit gleichen Waffen auf gleichem Terrain kämpfen, zur Erhaltung der Armee aber brauchen wir Thaler und nicht Grundsteuer. (?) Ein hoffnungsvoller Theil der Armee, die Portepeefähnriche, leben nur von Hoffnungen. Herr Graf Reventlow hat sich berufen gefunden, gestern die Preußen zur Opferwilligkeit aufzufordern. Hätte Herr Graf Reventlow die Ehre schon länger, dem preußischen Unterthanenverbande anzugehören, so würde er wissen, daß eine solche Mahnung unnöthig war, daß der preußische Adel deshalb arm ist, weil er immer gegeben und geopfert hat. Beweisen Sie die Opferwilligkeit durch die Annahme des Antrags. — Dr. Baumstark hält es für sehr bedauerlich, daß ein gestern nicht willkommenes Verhalten im Hause auch heute noch seinen Wiederhall gefunden. „Auch ich bin kein Preuße, aber berufen von der preußischen Regierung und beehrt mit dem Vertrauen des Königs, halte ich mich für berechtigt und verpflichtet, jede Verdächtigung entschieden zurückzuweisen." Die Regierung will durch die Grundsteuerausgleichung einer gerechten Forderung entsprechen und durch sie für die Zeit Mittel beschaffen, wenn sie derselben bedürfe, und dieser Vorlage stelle man den Antrag gegenüber, der keineswegs mit jener Vorlage parallel laufe. Er wolle vielmehr von einer Finanzmaaßregel ableiten, die schon lange dringlichst auf Erfüllung warte und unter allen Umständen erfüllt werden müsse. Es sei durchaus unrichtig, die Wissenschaft als im Widerspruche mit einer Grundsteuer zu erkennen, und es sei ebenso unpraktisch, das Kapital der Art zu belästigen, daß es sich seiner leichteren Erlangung entziehe. Herr Dr. Stahl habe, in welchem Zusammenhange sei nicht ganz klar gewesen, sich geäußert, daß die Budgetverweigerung abgethan sei. Der Landtag sei aber zur Bewilligung des Budgets berechtigt, also auch zur Verweigerung. Der Antrag auf eine Einkommensteuer sei für Viele eine Erhöhung ihrer Grundsteuer unter anderem Titel. Es sei die allgemeine Einkommensteuer dem Prinzipe nach zu verwerfen, theils wegen der Unbeliebtheit derselben, theils wegen der sich daraus ergebenden Schwierigkeit der Ausführung. Herr Dr. Stahl, obwohl er die allgemeine Einkommensteuer verwerfe, habe sich doch an dem Antrage betheiligt, und erscheine dadurch in der That räthselhaft. Wie nun die Abstimmung ausfallen möge, darüber werde bei den Parteilosen in und mehr noch außer dem Hause kein Zweifel sein, daß die Vertheidiger des Antrages weniger gründlich verfahren sind, als die Gegner desselben (Heiterkeit), und sicher sei ihm, daß die durch die Anhänger des Antrages Besiegten doch die Sieger werden würden. (Der Handelsminister ist eingetreten.)

Herr Below glaubt, daß seine und vieler Anderer Nachbaren, besonders der kleinen Grundbesitzer, es dem Herrenhause danken würden, wenn sie die Grundsteuervorlage ablehnten, und sei auch überzeugt, daß, wenn der Herr Graf v. Reventlow die Verhältnisse in Preußen gründlicher kennte, er nicht gegen den Arnim'schen Antrag sich ausgesprochen haben, sondern treu dem Grundsatze noblesse oblige für denselben stimmen würde. Wenn die Regierung bei Gelegenheit der Revision des Zollvereins auf das Bestimmteste erkläre, der Tabaksteuer nicht entbehren zu können, so werde sie in dieser ein mehr als ausreichendes Mittel finden, der Grundsteuervorlage entbehren zu können. Aber auch dem gestellten Antrage gegenüber sei der Widerstand schwer erklärlich, da nach demselben die Mittel alsbald flüssig werden sollten, deren die Regierung bedürfe, und sei daher das Haus zu ersuchen, dem Antrage zuzustimmen — Herr Camphausen (Berlin) gedenkt zunächst eines hochgeehrten Mannes, eines höheren Finanzbeamten (des Wirkl. Geh. Raths Kühne), der eine Zierde Preußens sei und dessen Urtheil über Einkommen- und Grundsteuer so fest stehe, als es bekannt sei. Auf Grund dieser Autorität geht der Redner nun auf die beantragte Steuer vom fundirten Einkommen näher ein. In den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten solle von 500 bis 1000 Thlr. gesicherten Einkommens die im Antrage proponirte Steuer gezahlt werden. Mit solcher Steuer sollten aber auch die Bewohner der Provinzen, welche die allgemeine Grundsteuer haben, belastet werden, wie die Provinzen, in denen diese Steuer noch fehle. Es sei anzunehmen, daß mit dem gestellten Antrage der Gedanke an einen pekunären Vortheil nicht zusammenhänge; aber gegenüber der fort und fort betonten Opferwilligkeit sei doch entgegenzuhalten, daß mit Annahme des Antrages und Ablehnung der Regierungsvorlage die Provinzen Preußen, Posen, Pommern und Brandenburg bedeutend bevortheilt würden. Der Redner tadelt, daß in dem Antrage die Opferwilligkeit so hervorgehoben werde. Die Opferwilligkeit werde bei jedem Antrage als selbstverständlich vorausgesetzt. Es sei ferner daran zu erinnern, daß, wenn die Regierung für den Antrag eingenommen wäre, wie sie es nicht ist, dieser Antrag doch höchstens in den nächsten Sessionsperioden zur vollständigen Annahme gelangen könne. Vor Allem sei aber das Recht zu erwägen, welches der Grundsteuerfrage und ihrer Lösung zur Seite trete. Die Grundsteuerausgleichung sei durch Recht und Verfassung unabweislich gefordert und die Grundsteuererhöhung sei durch das Bedürfniß des Staates geboten. Es scheinen doch sehr viel Gründe dafür vorzuliegen, die Grundsteuerfrage in der Weise zu erledigen, wie die Regierung es vorschlage. Fasse man das Bedürfniß des Staates und das Prinzip der Gerechtigkeit für die Vertheilung der Steuern ins Auge, so werde man vor Allem immer auf die Nothwengigkeit der Grundsteuerausgleichung kommen. Vom Throne herab sei diese Nothwendigkeit ausgesprochen, die Regierung habe durch ihre Vorlage derselben entsprochen und das Haus der Abgeordneten diesen Vorlagen zugestimmt. Es sei zu wünschen, daß das Herrenhaus keinen Beschluß fasse, der der Ueberzeugung zweier Faktoren der Gesetzgebung widerspreche. — Herr v. Zedlitz: Die großartige Maaßregel der Reorganisation der Armee mache es nothwendig, die Finanzmittel des Staates zu erhöhen, und daher sei es zu empfehlen, den Arnim'schen Antrag anzunehmen. — Regier. Kommissar Bitter weist nach, daß die Ausführung des Antrages wesentlich eine Erhöhung der Einkommensteuer von resp. $60\frac{2}{3}$, $33\frac{2}{3}$ und weniger Prozent sein würde; aber die Ausführung des Antrags würde frühestens auch nicht vor dem 1. Januar 1862 erfolgen können. Die Regierung gebe zu, daß die bestehende Einkommensteuer ihre Mängel habe, aber die Regierung übersehe das auch nicht und werde seiner Zeit mit verbessernden Vorschlägen vortreten. Die Regierung müsse es aber für unpolitisch und unzweckmäßig halten, mit einer finanziellen Maaßregel auf einige Jahre vorzugehen, gegen welche an sich mit Recht manche Einwürfe gemacht werden könnten. Es handle sich nicht um die Einführung einer Grundsteuer mit einem Ertrage von 10 Millionen Thalern, sondern es sollten die Grundsteuern von allen Liegenschaften nur um 1,850,000 Thlrn. erhöht werden. Die kleinsten Grundbesitzer in den östlichen Provinzen seien mit 10 Sgr. bis 1 Thlr. 10 Sgr. besteuert; diese sollten durch die von der Regierung vorgeschlagene Ausgleichung zum Theil ermäßigt werden, und dazu sollte man doch die Hand bieten. Einer betonten Ueberbürdung des platten Landes trete die Gebäudesteuer in ihrem Ertrage aus den Städten entschieden entgegen. Von den Antragstellern und Anhängern des Antrags sei hervorgehoben worden, daß die Grundsteuer-Ausgleichung nicht erfolgen könne, und daraus sei dann wohl mit Recht geschlossen worden, daß der Antrag die Beseitigung jener Ausgleichung bezwecke. Die Auffassung einer gleichmäßigen gerechten Vertheilung der Steuern läge der Vorlage zum Grunde, und es sei der Regierung unmöglich, mit irgend einem andern Steuerantrage aufzutreten, ehe nicht die Grundsteuerfrage befriedigende Lösung gefunden. Jedenfalls stünde in Aussicht, daß eine Ausführung des Antrages im Lande eine große Unzufriedenheit zur Folge haben werde. Wenn die Regierung eine Frage, die seit 50 Jahren schwebe und deren Berechtigung nicht bestritten werden könne, jetzt zum Austrage bringen wolle, dann könne man der Regierung gewiß nicht den Vorwurf einer Uebereilung machen, und sie vermöge daher der Hoffnung sich nicht zu entziehen, daß die betreffenden Vorlagen auch Annahme in diesem Hause finden werden. (Bravo! links.)

Der Finanzminister: Einer der letzten Herren Redner habe den Arnimschen Antrag als einen wohlmeinenden bezeichnet; solle er das dem Vorschlage der Regierung gegenüber sein, so wäre das doch nicht zuzugeben. Vergleiche man nämlich, was der Regierungsvorschlag wolle und was der Antrag biete, dann werde man schwerlich eine Ueberzeugung von der Wohlgemeintheit erhalten. Daß die Steuererhebung nach dem Antrage auch eine sehr komplizirte sein würde, werde und müsse ein näheres Eingehen in denselben ergeben. Auch liege für den Ertrag der Steuer nach dem Antrage gar keine Garantie vor. Man habe den Vorzug indirekter vor direkter Besteuerung hervorgehoben, aber nach Feststellung einer Steuer nach dem Antrage und unter Wegfall der Grundsteuerausgleichung werde jede andere Steuer, wie groß auch das Finanzbedürfniß des Staates sein möge, sehr schwierig sein. Die Regierung glaube, daß mit Annahme ihrer Vorlage von 1866 an die Finanzen des Staates eine befriedigendere Lage gewinnen würden. Ich gebe zu und will dem Antragsteller soweit entgegenkommen, zuzugestehen, daß, wenn es die Verhältnisse erheischen sollten, die Regierung auf den heute gemachten Vorschlag vielleicht eingehen wird, wenn sich die jetzt existirenden Mittel als unzureichend erweisen. Ich würde mich nicht des Muthes, sondern des Uebermuthes züchtigen, wenn ich mich zu Projekten hergeben möchte, die ich für unausführbar halte. Ein Defizit von wenigen Jahren läßt sich leicht ertragen, wenn man nur Mittel vor Augen sieht, nachhaltig in bestimmter Zeit das Defizit beseitigen zu können. Will man mir diese Mittel nicht gewähren, so räume ich demjenigen gern die Stelle ein, der den Muth hat, dann die Finanzen des Staats zu leiten.

Die Diskussion ist geschlossen. Nach einer thatsächlichen Berichtigung nimmt das Wort der Antragsteller Graf v. Arnim-Boytzenburg: Wenn die Regierung wirklich die Absicht hätte, unserem Antrage zuzustimmen, so könnte sie ganz gut noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorlegen; es wäre also nicht nöthig, bis zum Jahre 1862 zu warten, und außerdem hat ja die Regierung schon ein Gesetz vorgelegt, das die Zuschläge bis zum 1. Juli 1862 sichert; wir hätten also können unsere Berechnungen vom 1. Juli 1862 an datiren. Wir wollten aber unseren Willen bekunden, je eher desto lieber das Gesetz zur Ausführung zu bringen. Außerdem könne ja die Regierung die Kammer schon zum November einberufen, kurz, unser Antrag ist keiner von denen, die man stellt, um nur einen zu stellen. Unser Antrag ist nichts weiter, als zu einer Verbesserung des Einkommensteuergesetzes baldigst zu schreiten. Ich halte die Armeereform für die Hauptsache und die Grundsteuer für die Nebensache. Wir meinen auch, es gäbe bessere Mittel, die Einnahmen zu vergrößern, als die Grundsteuer. Es ist falsch, daß die Annahme des Antrags die Verwerfung der Grundsteuer involvire; es werden Mitglieder gegen den Antrag und gegen die Grundsteuer, es werden andere für den Antrag und für die Grundsteuer stimmen. Wir machen nur Vorschläge, die Regierung mag sie ausarbeiten, dazu hat sie das alleinige Recht. Wir wollen auch die Erhöhung der Einnahmen aus dem Grundeinkommen. Die früheren Gesetze enthalten kein Wort von dem jetzigen Antrage, sie sprechen nur von der Grundsteuerausgleichung. Nur vom Ministerium Camphausen und vom Finanzminister v. Patow sei ein Antrag auf Grundsteuerausgleichung gemacht, sonst nie seit 1810. Der Redner führt nun die wesentliche Uebereinstimmung der Vorlagen unter jenen beiden Ministerien an und gedenkt einer Broschüre des Dr. Bornemann vom Jahre 1840, in welcher eine Ausgleichung der Grundsteuer nicht als gerecht erkannt wird. Ein Programm darüber, wie man den Finanzbedürfnissen entsprechen wolle, liege [illegible] Ausgleichung der Grundsteuer sei also das einzige, wodurch die jetzige Regierung bekunde, was sie wolle. Die Grundsteuervorlage sei also das ganze Programm, welches vorliege. Man habe auch von Opferwilligkeit unsererseits gesprochen; er, der Redner, habe von dem Geh. Rath Camphausen, so weit sein politisches Leben bekannt sei, kein Beispiel erfahren, daß er jemals seine Ueberzeugung zum Opfer gebracht habe, woraus ihm auch kein Vorwurf gemacht werde. Aber dann möge man auch zurückhaltend in seinen Forderungen gegen Andere sein. Die vorliegenden Fragen seien in der That schon zu sehr Fragen der Parteien geworden; möge man sich dadurch nicht zur Uebereilung in seinen Entschlüssen drängen lassen. Zum dritten Male sei die Grundsteuervorlage dem Landtage zugegangen ohne jede vorhergegangene Läuterung derselben, und nun verlange man, daß der Landtag sich möglichst eilig für dieselbe entscheide. Dem oft gehörten Vorwurfe der Selbstsucht gegenüber sei die Stellung der Antragsteller nicht beneidenswerth, und sei die vorliegende Frage eine Frage der Partei, dann stehe eine Spaltung auf dem Boden der Gesetzgebung in sicherer Aussicht. Käme es zu einer Entscheidung in dieser Frage, welche die innerste Ueberzeugung eines Mannes beherrschen sollte, die er in monarchischem Geiste für die Interessen des Landes bisher geäußert, dann sei es besser, jede Stellung zu einer politischen Thätigkeit aufzugeben, als seiner Ueberzeugung untreu zu werden. (Bravo rechts.) — Dr. Bornemann: Man hat von einem Schriftchen gesprochen, das ich früher herausgegeben; seitdem ist aber die Verfassung erlassen und für mich sind die Artikel derselben keine Phrasen, keine nutzlosen Verheißungen.

Der Finanzminister: Das Ministerium ist sich nicht bewußt, die Grundsteuerfrage als eine Parteifrage hingestellt zu haben. Das Ministerium macht ebenfalls Anspruch darauf, konservativ zu sein, aber es bleibt nicht hinter dem Fortschritt zurück. Der Passus in der Thronrede deutet darauf hin, daß die Lasten mit gleichen Schultern getragen werden müßten, und könnten doch wohl die Minister am besten Auskunft darüber geben, wie dieser Passus verstanden werden solle. Sie behaupten nun, daß damit die Grundsteuerausgleichung gemeint sei. Wenn der Herr Graf Arnim, als er Minister war, es sich so leicht gemacht hat, sobald es sich um Vorlage eines Gesetzes handelte, so mag es sein; die jetzigen Minister machten sich die Sache nicht so leicht und die Grundsteuervorlagen sind mit großem Fleiße und großen Opfern an Zeit und Kraft ausgearbeitet worden. Unter allen neuen Finanzministern, welche Graf Arnim angeführt, befindet sich nicht einer, der nicht die Ausgleichung der Grundsteuer für nöthig gehalten, und wenn diese Männer nicht mit Gesetzen vorgegangen sind, so geschah es, weil sie es vorher wußten, daß ihr Bemühen an dem Widerstande der Provinziallandtage scheitern würde. (Hört, Hört!) — Graf Arnim (thatsächlich): Ich habe konservativ im Gegensatz von liberal genommen. Wenn der Herr Minister heute als ein konservativer Mann gelten will, so bin ich ein liberaler Mann — ja ein sehr liberaler Mann. (Bewegung.) — Herr v. Meding erklärt als Berichterstatter, daß er glaube, es werde dem Hause am angenehmsten sein, wenn er nichts weiter hinzufüge. (Lebhafte Zustimmung.) — Bei der hierauf erfolgenden namentlichen Abstimmung wird der Antrag mit 96 gegen 83 Stimmen angenommen. — Nächste Sitzung unbestimmt.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 15. März. [26. Sitzung. Schluß.] Die Gesetzentwürfe, betreffend das Einzugs- und Einkaufsgeld in Westfalen und der Rheinprovinz, werden in nochmaliger Abstimmung angenommen; die Entwürfe gehen in Folge der Abänderungen an das Herrenhaus zurück. — Bei den Wahlprüfungen wird die Wahl des Abg. Wagener (Regenwalde) ohne Diskussion und trotz eines eingegangenen Protestes für gültig erklärt. — Das Haus geht zur Debatte über Petitionen über. Die Petition des Hauptmanns v. Wedell, die Rentenablösungen betreffend, wird auf Antrag des Abg. Osterrath durch Tagesordnung, die übrigen Petitionen werden ohne Debatte erledigt. Der Bericht enthält u. A. die Petition des Dr. Neumann, die Homöopathie, den thierischen Magnetismus u. s. w. betreffend. Abg. v. Rosenberg-Lipinski hält der öffentlichen Meinung eine Lobrede und bedauert, daß sich der Kultusminister nicht auf seinem Platze befindet, vielleicht, fügt der Redner hinzu, vertritt ihn der Minister des Innern. (Große Heiterkeit, die sich noch steigert, als der Graf Schwerin wirklich das Wort nimmt, um die Abwesenheit des Ministers damit zu erklären, daß er nicht geglaubt hat, die Petition könne nach den in der Kommission von den Regierungs-Kommissarien abgegebenen Erklärungen noch Anlaß zu Debatten geben.) — Abg. Hasenclever tritt den Ausführungen des Abg. v. Rosenberg entgegen. — Das Haus geht über die Petition zur Tagesordnung über. — Der zweite Bericht der Justizkommission über Petitionen giebt zu sonderlichen Debatten nicht Veranlassung. Die letzte Nummer der Tagesordnung ist der erste Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe über Petitionen. Zu der ersten wegen des Postdienstes an Sonn- und Festtagen beantragt der Abg. Osterrath den Uebergang zur Tagesordnung. — Der Regierungs-Kommissar Philippsborn vertheidigt die in den Jahren 1852 und 1853 getroffene Maaßregel. Die Einschränkungen des Postdienstes an Sonn- und Festtagen sind von den Regierungen und Handelskammern gebilligt worden. Die Verkehrsverhältnisse werden keineswegs beeinträchtigt, der große Geschäftsmann wünscht die Ruhe am Sonntag für sich und seine Arbeiter. In England findet am Sonntag keine Geldauszahlung statt, die Postbüreaus sind nur zwei Stunden geöffnet, es erfolgt nur eine Briefbestellung, im Londoner Postbezirk finden am Sonntag Briefeinsammlungen nicht statt. Mit den Anträgen der Kommission stimmt die Regierung nicht überein. — Abg. v. Blanckenburg spricht sich ebenfalls für die Tagesordnung aus; Abg. Behrend (Danzig) hebt hervor, daß der Gebrauch in England volksthümlich geworden, bei uns dies nicht der Fall ist; Abg. Reichensperger (Köln) tritt den Ausführungen des Regierungs-Kommissars bei. Die Exemplifikation mit England ist ganz zutreffend. — Die Tagesordnung wird angenommen; für dieselbe stimmt auch Abg. v. Vincke. — Die übrigen Petitionen werden nach den Anträgen der Kommission erledigt. — Im Laufe der Sitzung sind folgende Anträge eingegangen: 1) Antrag des Abg. Senff und Genossen, das Haus wolle beschließen, die Regierung aufzufordern, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Niederschlagung der Untersuchungen ermöglicht wird, welche nach Nr. 1 des Amnestieerlasses vom 12. Januar 1861 wegen Vergehen und Verbrechen bereits eingeleitet sind. (Geht an die Justizkommission.) 2) Antrag des Abg. Ambronn und Genossen, einen Gesetzentwurf zu genehmigen, betreffend die Ausdehnung der Gemeinheitstheilungsordnung. (Geht an die Agrarkommission.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 18. März. Der Oberpräsident v. Bonin ist am 16. d. in Genthin wieder zum Mitglied des Abgeordnetenhauses erwählt worden.

R Posen, 18. März. Der Geburtstag Sr. Maj. des Königs Wilhelm wird, wie voraussichtlich im ganzen preußischen Vaterlande, am nächsten Freitag auch bei uns durch eine Reihe festlicher Veranstaltungen in würdiger Feier begangen werden. Es findet an dem Tage eine große Parade der gesammten Garnison statt. In allen evangelischen Kirchen der Stadt wird der Tag mit Gottesdienst gefeiert, und zwar in der Petrikirche (für die Petri- und Neustädtische Gemeinde gemeinsam) Vormittags 10 Uhr, in der Garnisonkirche früh 9 Uhr, und in der Kreuzkirche Abends 6 Uhr. Die höheren Schulanstalten, namentlich das kgl. Friedrich-Wilhelmsgymnasium und die städtische Realschule — voraussichtlich auch das k. Mariengymnasium, die Luisen- und die Mittelschule, von denen uns Nachrichten darüber noch nicht vorliegen — werden durch feierliche Redeakte, Gesangaufführungen ꝛc. um $11\frac{1}{2}$ Uhr Vormittags den Tag begehen. Im Kasino findet Nachmittags 2 Uhr ein Festessen statt, und eben so wird die Freimaurerloge zur Feier des Tages eine Festloge abhalten, der sich ein Diner anschließt.

— [Die nächste öffentliche Sitzung der Stadtverordneten] ist auf Mittwoch den 20. d. Nachmittags 3 Uhr anberaumt. Rechnungssachen, Wahlen ꝛc. bilden die Gegenstände der Vorlagen (s. d. Inserate).

— [Der Verein für Verbesserung der Pferdezucht und Thierschau in Posen], an welchem sonst beide Nationalitäten sich fast gleich zahlreich betheiligten, hat, wie das schon im vorigen Jahre gelegentlich in ds. Bl. erwähnt worden ist, durch das Hereinziehen der Nationalitätsfrage seinen paritätischen Charakter gänzlich eingebüßt. Das Direktorium besteht jetzt lediglich, der Verwaltungsrath beinahe ausschließlich aus polnischen Mitgliedern, und auch in die Zahl der Funktionäre für Pferderennen und Thierschau hat man nur einen Deutschen, den Gen. Lieut. v. d. Goltz, gewählt. Das ist im Interesse der guten Sache, die durch solche hierher gewiß am wenigsten gehörige Exklusivität wahrlich nicht gefördert wird, lebhaft zu beklagen. Wie wir hören, ist in diesen Tagen ein Ministerialreskript eingegangen, nach welchem die Staatspreise für dieses Jahr dem Vereine nicht bewilligt werden.

tr. Wreschen, 16. März. [Doppelmord ꝛc.] Während der letzten acht Tage haben sich in der Nähe unseres Städtchens einige recht schauderhafte Begebnisse zugetragen. In der Nacht vom 6. zum 7. d. M. wurde in dem etwa eine halbe Meile entfernten Dorfe Słomówke ein Doppelmord verübt, wie er nicht leicht seines Gleichen finden dürfte. In einem und demselben Hause wohnten der Eigenthümer des Grundstücks und die früheren Besitzer desselben, ein Ehepaar in den 50ger Jahren, denen der Hauswirth das Ausgedinge zu geben verpflichtet war. Diese Leistung war ihm eine Last, und um sich derselben zu entbinden, soll er bereits vor einigen Monaten einen Vergiftungsversuch gemacht haben, jedoch erfolglos. Um so vollständiger gelang ihm sein gräßliches Vorhaben in der obengenannten Nacht. Wegen früheren Diebstahls zu vierzehntägiger Haft verurtheilt, jedoch nicht sofort eingezogen, meldete er sich, um jeden Verdacht von sich abzuwenden, am 7. d. freiwillig beim hiesigen Gericht zur Abbüßung der Strafe. Inzwischen ward der Mord am 9. früh entdeckt. Der Verdacht fiel sogleich auf den wirklichen Thäter. In dem vorgestern und gestern mit ihm vorgenommenen Verhör gestand derselbe, durch den eigenen etwa zwölfjährigen Sohn übersührt, die That. Nach diesem Geständniß hatte er, unter dem Vorgeben, dem Alten Getreide zumessen zu wollen, denselben nach der Scheune gelockt, und dort vermittelst Stroh erstickt; hierauf sich nach der Wohnstube der Auszügler begeben und gleichfalls durch Erstickung die alte Frau gemordet. Nun holte er die Leiche des Mannes aus der Scheune herbei, entkleidete beide und legte sie nebeneinander ins Bett. So wurden sie vorgefunden. — Ein anderer, in seinen Einzelnheiten höchst eigenthümlicher, doch gerichtlich noch nicht konstatirter Todesfall ereignete sich in dem etwa eine halbe Meile entfernten Dorfe Kaczanowo. — Endlich überwies eine Frau in Neudorf, eine Meile von hier, ihr etwa zweijähriges Kind einem schrecklichen Tode durch Verbrennen, indem sie dasselbe auf den Herd neben mehrere brennende Holzstücke setzte und sich dann entfernte. Nach halbstündiger Rückkehr fand sie nur die verkohlten Ueberreste des Kindes vor.

Exin, 15. März. [Exzesse.] Am gestrigen Jahrmarktstage entstand in den Nachmittagsstunden zwischen Landleuten, Polen und Deutschen Streit, welcher schließlich in eine große Schlägerei ausartete. Obgleich ein solches Ereigniß bei Märkten ꝛc. an der Tagesordnung ist, so nahm das oben erwähnte doch einen bedenklichen Charakter an. Mehrere Polen der gebildeten Klasse nahmen ihre Landsleute in Schutz, und diese, hierdurch aufgemuntert, thaten mit Stöcken, Fäusten ꝛc. Alles, was in ihren Kräften stand, wenngleich auch die wenigen Deutschen sich tapfer wehrten. Bald jedoch erschien einer der hier anwesenden fremden Gendarmen und schritt zur Arretirung der Schuldigen. Der erste der Festgenommenen war ein Pole und aus diesem Grunde folgten die Polen dem Gendarmen bis zur Polizei, ab und zu Versuche machend, den Arrestanten zu befreien, was der Gendarm jedoch mit der blanken Waffe verhinderte. Schließlich wurde die Sache so ernst, daß auch die übrigen hier anwesenden fünf Gendarmen mit gezogenen Säbeln einschreiten mußten. Hätten wir einiges Militär im Orte, zu dessen Unterbringung Gelegenheit genug ist, dann könnten wir Deutsche ähnlichen Vorkommnissen ganz gewiß getrost entgegensehen. (B. W.)

An die deutschen Landwirthe der Provinz Posen.

Noch immer ist die Theilnahme an unserm Vereine eine ungenügende. Der Schreiber dieser Zeilen hofft, daß es dem Interesse der guten Sache förderlich sein wird, das Wesen desselben mehr

ins Licht zu stellen. Zwei Gesichtspunkte sind es hauptsächlich, die durch Einseitigkeit Veranlassung zu Mißverständnissen über den Verein werden können. Der Eine faßt ihn als oppositionell gegen die Regierung, der Andere als feindselig gegen die Polen auf. Der Verein hat in seiner konstituirenden Versammlung beschlossen, nur Landwirthe als Mitglieder aufzunehmen, und dies hat bei Einzelnen die Meinung erzeugt, daß er dadurch in prinzipielle Opposition gegen Alle, die er von sich ausschließt, treten, und sich namentlich von der Regierung trennen wollte. Das wahre Motiv jener ausschließenden Bestimmung hat eine ganz andere, allgemein berechtigte Begründung. Nach den Versprechungen, die ein königliches Wort verbürgt, leben in unserer Provinz zwei Nationalitäten gleichberechtigt nebeneinander. Die königliche Regierung ist daher verpflichtet, die Rechte beider zu schützen, und wenn sie in Konflikt gerathen, zwischen ihnen unparteiisch zu richten. Wollte sich daher die deutsche Nationalität als Partei organisiren, so mußte sie es vermeiden, der Regierung, durch Aufnahme ihrer Mitglieder in den Verein, eine Parteistellung anzumuthen. War man aber gezwungen, die Beamten der Regierung auszuschließen, so mußte man sich überhaupt auf eine Kategorie der Deutschen beschränken, um nicht noch größere Mißverständnisse herbeizuführen. Den deutschen Landwirthen gebührte auch die Initiative in dieser Parteibildung, weil die zu bekämpfenden Bestrebungen ebenfalls hauptsächlich von Landwirthen ausgehen. — In Betreff der Stellung des Vereins den Polen gegenüber ist vor allem Andern darauf hinzuweisen, daß in der konstituirenden Versammlung desselben jeder Vorschlag, der dahin gedeutet werden konnte, als sei er feindselig gegen die Polen, zurückgewiesen wurde. Dadurch also ist ausgesprochen, daß er nicht ihr Gegner sein will, sondern die in unserm Staatsrechte begründete Gleichstellung beider Nationalitäten festhält, und nicht von der Aussicht ausgeht, daß die Rechte der Einen nur auf Kosten der Andern zur Geltung kommen können. Er ist sich sogar wohl bewußt, daß sie häufig dasselbe Interesse haben. Auch ist nicht zu verkennen, daß die Nationalitätsbestrebungen der Polen aus einem ehrenwerthen Gefühle entspringen. Aber es ist energisch dagegen zu protestiren, daß unser Großherzogthum der Boden für dieselben sein könne, insofern sie eine staatliche Sonderexistenz erreichen wollen. Die Polen leben hier nicht als ein unterdrücktes Volk, sondern als eine anerkannte Nationalität, ebenso wie die deutsche. Sie gehorchen keinen aufgezwungenen Gesetzen. Ihre Deputirten haben sie mitbeschlossen, und sie haben sich ihnen als freie Männer unterworfen. Der Staat hat das Recht und die Pflicht, sie an ihrem Eide festzuhalten. So weit die Geschichte reicht, hat es Staaten mit verschiedenen Nationalitäten gegeben, und es heißt an ihnen selbst, die wir als die Ordnung Gottes anzusehen haben, sich vergreifen, wenn man alle solche Verhältnisse als unrechtlich umstoßen wollte. Wenn sich verschiedene Nationalitäten in einem Staate gegen einander abschließen, so ist dies zwar kein normales Verhältniß; indessen kann es derselbe einstweilen dulden. Dann aber haben sie, in ihrer Absonderung, höchstens die Rechte von Korporationen, und müssen jedenfalls in der einheitlichen Oberleitung des Staates ihre Bewährung erst erlangen. Sollten sie eine [illegible] Sonderexistenz erlangen, so wäre dies als eine gefährliche Krankheit des Staates [illegible] geheilt werden müßte, wenn sie nicht mit dem Untergange desselben endigen sollte. Unsere Stellung den Polen gegenüber ist also folgende: Sie haben sich in geselliger Hinsicht gegen uns abgeschlossen und uns dadurch gezwungen, ein Gleiches zu thun. Darum haben wir einen deutschen geselligen Verein gebildet. Damit dies nicht bloß eine innerliche Gesinnung bleibe, oder als eine Meinung Einzelner angesehen werde, ist es erforderlich, dies thatsächlich und allgemein zu bekunden.

Es ist jetzt, nachdem die Gelegenheit dazu in unserem Vereine gegeben, nicht mehr gleichgültig, ob man ihm beitritt oder nicht. Der Nichtbeitretende wird von aller Welt dafür angesehen werden, als wolle er den Einheitsbestrebungen der Deutschen sich nicht anschließen. Alles vornehme Ignoriren des Vereins ist vergeblich. Er ist da, von vielen und bedeutenden Männern anerkannt. Es ist durch seine Stiftung gleichsam eine allgemeine Volksabstimmung angeordnet worden, bei der es einem freien Manne nicht geziemt, seine Stimme nicht abzugeben. Auch ist nicht außer Acht zu lassen, daß die Polen aus der Betheiligung an dem Vereine auf unsere deutsche Gesinnung, wie auf die Stärke unserer Partei schließen werden, und zwar mit Recht. Denn nicht die ruhigen, also unthätigen, sondern die ausgesprochenen und thätigen Gesinnungen bilden die Kraft einer Partei. Sie könnten aus einer schwachen Betheiligung nicht ganz unlogisch ihre alte Behauptung zu erweisen versuchen, daß sie das eigentliche Volk bilden, die Deutschen aber nur als Einwanderer sich zu betrachten und ihnen anzuschließen hätten, ja dies auch zum großen Theile selbst wollten. — Das gegenwärtige Statut mag vielleicht manchem gerechten Tadel zu unterwerfen sein, aber es giebt sich auch nicht als ein abgeschlossenes, festes. Denen aber, die es tadeln, liegt vor allen Anderen die Pflicht ob, sich bei dem Vereine thätig zu betheiligen, um es verbessern zu helfen. An demselben ist nichts festzuhalten, als die Tendenz, eine selbständige Vereinigung der deutschen Landwirthe zu erreichen. Jedenfalls ist der Verein der erste und einzige Versuch der Deutschen, hier eine nationale Partei zu konstituiren. So lange die Deutschen der geschlossenen Partei der Polen nur vereinzelt entgegentreten, kann von einer deutschen Partei überhaupt nicht die Rede sein. Eine solche ist nur da, wo ein gemeinsamer Zweck zu einer Organisation sich herausgebildet. Dieser Gedanke treibt uns eben, eine Partei zu organisiren. Der Staat, besonders der konstitutionelle, kann auch ohne sie nicht bestehen. Das Mittelalter hat sie in Form von Ständen gehabt. Die Neuzeit hat diese nach ihrer politischen Bedeutung verschwinden sehen. Soll derselbe aber sich nicht in einen atomistischen Brei von Urwählern auflösen, so bedarf er Genossenschaften, die eine geistige Gliederung ermöglichen; dazu sind Parteien nöthig. Wegen ihrer Nothwendigkeit sind sie auch in allen Staaten aufgetreten, in denen ein wirkliches politisches Leben existirte, und zwar um so abgeschlossener und organisirter, je ausgebildeter dies Leben war, und haben zur Entwicklung dieser Staaten die wesentlichsten Dienste geleistet. Man darf nur auf England hinweisen, um das Gesagte auf das Schlagendste zu beweisen. Man kann daher wohl sagen, daß, wer sich keiner Partei anschließen will, auch nicht als ehrenhafter (?) Staatsbürger angesehen werden kann. Er gehört zu denen, von welchen Cäsar sagt: „Sie sind da, um die Früchte des Feldes zu verzehren.“

Welcher Partei die hiesigen deutschen Landwirthe sich anzuschließen haben, liegt auf der Hand. Die polnische fordert die provinzielle Absonderung von der einheitlichen Staatsleitung. Dadurch ist die entgegengesetzte Forderung geboten. Die Deutschen müssen eine Partei bilden, die den engsten Anschluß der Provinz an den Staat verlangt. Thun sie dies nicht, oder auch nicht in so ausreichendem Maaße, um als berechtigte Partei angesehen zu werden, so wird jene Parteiforderung zum Volkswillen gestempelt, und unsere Regierung erscheint, da sie nicht nachgeben kann, im Lichte einer despotischen, die den Volkswillen nicht achtet. Aus diesem Grunde ist es auch keineswegs eine loyale Gesinnung, die nur der Regierung Alles überlassen will. Letztere hat sogar das Recht, für den [illegible] Schutz, den sie uns in der früheren Zeit unserer numerischen Unbedeutenheit hat angedeihen lassen, zu fordern, daß wir, nachdem sie uns groß gezogen, entschlossen handeln. Es ist schon erwähnt worden, daß das gegenseitige Abschließen zweier Nationalitäten in einem Staate kein normales Verhältniß sei, und es ist daher bei Stiftung des Vereins auch nicht die Absicht gewesen, eine solche Scheidung zu verewigen. Da aber ein derartiges Verhältniß gegenwärtig existirt, so war es die Aufgabe der Deutschen, nicht bloß vom Staate, sondern auch von ihren heutigen Gegnern Achtung und Anerkennung zu erkämpfen. Ist dieser Zweck durch ein männliches Auftreten derselben erreicht, so wird es vielleicht möglich sein, mit ihnen zu unterhandeln. Zwischen Gegnern, die sich achten, kann ein Vertrag erlangt werden, der auf der Basis gegenseitiger Anerkennung den Frieden vermittelt. Alle Diejenigen, die sich theils aus deutscher Gutmüthigkeit, theils aus ebenso deutscher Indolenz nicht entschließen können, den Polen entgegenzutreten, mögen bedenken, daß durch ihre Unthätigkeit denselben ein sehr schlechter Dienst geleistet wird. Sie werden dadurch verführt, ihre eigenen Kräfte zu überschätzen und in der Hoffnung bestärkt, daß es nur auf sie ankömmt, das Schicksal der Provinz zu bestimmen. Werden sie durch diesen Glauben zu extremen Handlungen verleitet, was bei ihrem sanguinischen Temperamente mehr als einmal geschehen und auch wieder vorkommen könnte: so wird jene Unentschlossenen kein geringer Theil der moralischen Verantwortlichkeit für alles Unglück, was daraus entstände, treffen. Dadurch allein, daß der inneren Gesinnung auch eine thatsächliche Wirklichkeit gegeben wird, nicht durch schwächliches Bemänteln derselben, darf man hoffen, daß die von allen Gutgesinnten sehnlichst gewünschte und für das Wohl aller Staatsbürger erforderliche Einigkeit unter denselben herbeigeführt werden kann. Und sollte dies schöne Ziel auch nicht erreicht werden, so erinnere man sich an das Wort eines Römers: In magnis voluisse sat est.

Ein Mitglied des geselligen Vereins der deutschen Landwirthe in der Provinz Posen.

Angekommene Fremde.

Vom 17. März.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Laffert aus Berlin und Welling aus Breslau, Rittergutsb. Graf Radoliński aus Jarocin, Pharmazeut Dolling aus Gnesen und Gutsb. v. Twardowski aus Polen.

SCHWARZER ADLER. Gutsb. Wągrowiecki aus Szczytnik, Distrikts-Kommissarius Schmidt aus Schokken und Kreisrichter Mroziński aus Grätz.

BAZAR. Frau Gutsb. Gräfin Skórzewska aus Prochnowo.

HOTEL ZUR KRONE. Töpfermeister Altmann aus Bunzlau, die Kaufleute Cohn aus Liegnitz, Friedmann aus Rawicz und Hamburger aus Schmiegel.

BUDWIG'S HOTEL. Steuersupernumerar und Lieutenant Josen aus Pogorzelice, Böttchermeister Paprikowski aus Birnbaum, Färber Kutzner und die Kaufleute Kutzner aus Czarnikau, Hirsch aus Lobsens und Hirsch aus Rogasen.

Vom 18. März.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsb. v. Swięcicki nebst Frau aus Granowo und Doliński aus Sławno, Rittergutsb. und Justizrath Mittelstädt aus Kurowo, Frau Rentier v. Kraszkowska aus Uzarzewo, die Kaufleute Besser aus Stettin, Lairitz aus Remda und Kienitz aus Görlitz.

SCHWARZER ADLER. Die Gutsb. Albrecht aus Kawenczyn und Sellenthin aus Komorowo, Probst Bartłomiejewski aus Czerleino, Landwirth Wulkowski aus Glinno, Wirthsch. Eleve Brychczyński und Rentier Zadorski aus Strzałkowo.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsbesitzer Graf Dąbski aus Kołaczkowo und v. Bukowiecki aus Grunzig, die Kaufleute Gärtner aus Leipzig und Hahn aus Berlin.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Gutsb. Graf Potworowski aus Deutsch-Presse, v. Heyne aus Kruschwitz, v. Heyne aus Tornowo, Graf Grabowski jun. und v. Ajzmiński aus Greifswald, Intendanturrath Engels aus Breslau, Repräsentant van Meerbeck aus Paris, die Kaufleute Fest aus Stettin, Strauß aus Mainz, Jäger aus Minden, Müller aus Magdeburg und Schröder aus Berlin.

HOTEL DU NORD. Lehrer Ernst aus Sagan, die Rittergutsb. v. Jasiński aus Wilna und v. Koczorowski aus Jasin.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsb. Walz aus Góra und Jacoby aus Trzcianka, Architekt Walter aus Berlin, Inspektor Winter aus Gnesen und Kaufmann Schwarz aus Breslau.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsb. Meißner nebst Frau aus Kiekrz und Stock aus Wielkie, königl. Oberförster Stahr aus Eckstelle, die Gutsb. Harmel aus Leśniewo, Dühring aus Krzyżownik und Lehmann aus Garby, die Landwirthe Thiel aus Przependowo, Brehmer aus Mur. Goslin und Jeske aus Schönlanke, Wirthsch. Inspektor Wazau aus Kowalewo, Rentier Meißner sen. und Fräul. Meißner aus Kiekrz, Architekt Philipp und Rentier Lentz aus Berlin, Brauereibesitzer Hirsekorn aus Birnbaum, Maurermeister Ritter aus Pleß, Studiosus Henko aus Züllichau, Rektor Blümel aus Slawsk, Posterpediteur Stiller aus Strzalkowo, die Kaufleute Schink aus Breslau, Limgen und Merkens aus Lerz.

BUDWIG'S HOTEL. Die Kaufleute Cohn und Witkowski aus Zirke, die Gutsb. v. Lagau aus Stromziegi, Kozmowski aus Dominowo, Eichhorst und Schulze Robowski aus Budzikowo, Bürger Użnański aus Wreschen und Viehhändler Hamann aus Gottschimmerbruch.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Sitzung der Stadtverordneten zu Posen

am 20. März 1861 Nachmittags 3 Uhr.

Gegenstände der Verhandlung: 1) Notatenbeantwortung über die Rechnungen des Rumfort'schen Suppenfonds und Entlastung dieser Rechnungen pro 1856, 1857 und 1858. 2) Die gezogenen Defekte bei Zahlung der Vergütigung für gelegte Granitplatten betreffend. 3) Bewilligung der Mehrausgabe von 550 Thlr. 9 Sgr. 3 Pf. bei Tit. XII. Nr. 4 der Kämmereikasse. 4) Heranziehung der erzbischöflichen Konsistorialbeamten nur von der Hälfte ihres Gehaltes zur Kommunalsteuer. 5) Betrifft die Wahl des Oberlehrers Dr. Szafarkiewicz als Mitglied der Direktion der Gasanstalt. 6) Berufung des Lehrers Gentz aus Punitz an eine der hiesigen Elementarschulen. 7) Bewilligung von 80 Thlr. zum Ankauf eines Pokals als Preis beim diesjährigen Pferderennen. 8) Verpachtung des Gartens hinter dem Theresienkloster. 9) Renovirung und Dekorirung des großen Magistrats-Sitzungssaales. 10) Wahl der Mitglieder zum Kuratorium der Realschule. 11) Schiedsmannswahlen. 12) Gewerbekonzessionen. 13) Persönliche Angelegenheiten.

Tschuschke.

Bekanntmachung.

Diejenigen Pfänder, welche in den Monaten **April, Mai, Juni, Juli, August und Sepember v. J.** bis zum Verfalltage der gewährten Darlehne und noch 6 Monate später, und zwar die Pfänder sub Nr.

6,963. 12,062. 12,063. 12,662. 13,598.
14,283. 14,740. 15,440. 15,444. 15,450.
15,453. 15,464. 15,470. 15,475. 15,476.
15,477. 15,478. 15,492. 15,508. 15,509.
15,529. 15,544. 15,559. 15,568. 15,572.
15,574. 15,577. 15,581. 15,584. 15,585.
15,591. 15,592. 15,600. 15,619. 15,647.
15,648. 15,658. 15,660. 15,673. 15,683.
15,684. 15,692. 15,707. 15,712. 15,714.
15,715. 15,728. 15,737. 15,739. 15,741.
15,752. 15,767. 15,771. 15,790. 15,791.
15,793. 15,794. 15,800. 15,804. 15,809.
15,810. 15,815. 15,816. 15,818. 15,819.
15,820. 15,828. 15,829. 15,843. 15,852.
15,860. 15,865. 15,866. 15,871. 15,883.
15,886. 15,894. 15,895. 15,901. 15,909.
15,939. 15,941. 15,942. 15,943. 15,947.
15,948. 15,950. 15,955. 15,956. 15,960.
15,965. 15,988. 15,989. 15,997. 16,002.
16,003. 16,016. 16,017. 16,019. 16,024.
16,026. 16,027. 16,029. 16,031. 16,032.
16,033. 16,034. 16,037. 16,043. 16,044.
16,069. 16,074. 16,076. 16,077. 16,079.
16,090. 16,092. 16,094. 16,095. 16,103.
16,112. 16,113. 16,119. 16,120. 16,123.
16,125. 16,127. 16,138. 16,139. 16,141.
16,142. 16,143. 16,146. 16,149. 16,150.
16,151. 16,152. 16,153. 16,154. 16,155.
16,156. 16,157. 16,158. 16,159. 16,160.
16,164. 16,165. 16,166. 16,167. 16,181.
16,191. 16,197. 16,206. 16,213. 16,214.
16,220. 16,221. 16,222. 16,224. 16,230.
16,246. 16,249. 16,259. 16,260. 16,279.
16,288. 16,297. 16,299. 16,308. 16,315.
16,323. 16,333. 16,351. 16,353. 16,356.
16,357. 16,363. 16,364. 16,370. 16,372.
16,382. 16,394. 16,397. 16,402. 16,406.
16,431. 16,455. 16,456. 16,467. 16,472.
16,478. 16,485. 16,488. 16,503. 16,504.
16,507. 16,532. 16,536. 16,537. 16,542.
16,546. 16,549. 16,555. 16,565. 16,583.
16,588. 16,589. 16,598. 16,599. 16,603.
16,608. 16,619. 16,631. 16,648. 16,657.
16,668. 16,672. 16,674. 16,683. 16,686.
16,690. 16,692. 16,700. 16,702. 16,710.
16,719. 16,729. 16,735. 16,753. 16,755.
16,778. 16,780. 16,782. 16,788. 16,805.
16,809. 16,823. 16,824. 16,843. 16,848.
16,853. 16,859. 16,879. 16,903. 16,921.
16,924. 16,925. 16,926. 16,935. 16,946.
16,952. 16,957. 16,978. 16,979. 16,987.
16,989. 16,994. 17,014. 17,024. 17,036.
17,042. 17,045. 17,046. 17,081. 17,088.
17,103. 17,109. 17,112. 17,124. 17,127.
17,149. 17,166. 17,170. 17,185. 17,190.
17,191. 17,211. 17,217. 17,218. 17,224.
17,230. 17,236. 17,243. 17,256. 17,264.
17,273. 17,284. 17,286. 17,287. 17,296.
17,301. 17,307. 17,308. 17,317. 17,325.
17,336. 17,343. 17,352. 17,358. 17,363.
17,370. 17,386. 17,397. 17,407. 17,417.
17,419. 17,428. 17,437. 17,439. 17,476.
17,482. 17,484. 17,492. 17,508. 17,509.
17,515. 17,519. 17,522. 17,523. 17,531.
17,535. 17,536. 17,538. 17,546. 17,560.
17,563. 17,564. 17,571. 17,574. 17,577.
17,588. 17,592. 17,599. 17,609. 17,610.
17,629. 17,634. 17,643. 17,653. 17,657.
17,665. 17,670. 17,674. 17,676. 17,688.
17,691. 17,701. 17,704. 17,708. 17,716.
17,719. 17,728. 17,733. 17,743. 17,748.
17,761. 17,767. 17,768. 17,771. 17,789.
17,794. 17,800. 17,801. 17,809. 17,810.
17,814. 17,815. 17,821. 17,822. 17,827.
17,828. 17,829. 17,847. 17,858. 17,860.
17,868. 17,879. 17,889. 17,894. 17,896.
4. 16. 28. 29. 38. 44. 53. 56. 63. 69. 72. 77.
86. 100. 120. 147. 148. 172. 175. 182. 183.
188. 200. 209. 210. 211. 245. 263. 269.
279. 282. 383. 291. 303. 313. 314. 315.
333. 346. 349. 354. 356. 357. 377. 391.
393. 397. 411. 413. 414. 420. 422. 428.
439. 455. 456. 472. 474. 484. 494. 503.
506. 510. 522. 528. 537. 538. 539. 542.
548. 550. 556. 557. 559. 600. 612. 616.
618. 622. 633. 646. 649. 679. 694. 728.
729. 734. 740. 747. 752. 753. 761. 764.
779. 782. 784. 794. 803. 808. 812. 816.
819. 820. 826. 840. 841. 849. 851. 859.
863. 868. 870. 871. 880. 881. 883. 889.
890. 898. 899. 919. 926. 927. 929. 931.
943. 947. 950. 956. 962. 967. 970. 972.
973. 978. 979. 982. 987. 988. 1002. 1015.
1025. 1029. 1030. 1032. 1033. 1036.
1048. 1053. 1056. 1063. 1067. 1072.
1081. 1083. 1095. 1100. 1115. 1119.
1125. 1126. 1128. 1135. 1141. 1143.
1149. 1152. 1176. 1180. 1190. 1200.
1201. 1207. 1215. 1223. 1224. 1227.
1240. 1247. 1259. 1262. 1263. 1275.
1276. 1278. 1287. 1288. 1289. 1293.
1297. 1298. 1300. 1303. 1307. 1311.
1314. 1318. 1321. 1329. 1340. 1343.
1351. 1352. 1354. 1361. 1367. 1369.
1372. 1373. 1381. 1392. 1396. 1398.
1402. 1415. 1443. 1446. 1450. 1451.
1455. 1459. 1460. 1463. 1464. 1466.
1469. 1471. 1475. 1478. 1483. 1492.
1503. 1507. 1522. 1523. 1524. 1528.
1529. 1532. 1534. 1535. 1536. 1554.
1555. 1565. 1574. 1576. 1589. 1595.
1596. 1606. 1611. 1613. 1614. 1621.
1622. 1630. 1631. 1632. 1637. 1642.
1645. 1647. 1649. 1652. 1654. 1660.
1670. 1672. 1679. 1686. 1692. 1694.
1695. 1700. 1701. 1702. 1707. 1709.
1712. 1714. 1721. 1730. 1738. 1746.
1755. 1758. 1760. 1764. 1767. 1769.
1772. 1774. 1778. 1788. 1792. 1803.
1805. 1831. 1838. 1848. 1850. 1853.
1863. 1869. 1874. 1883. 1889. 1899.
1900. 1902. 1910. 1913. 1919. 1925.
1927. 1928. 1949. 1950. 1951. 1955.
1963. 1964. 1965. 1969. 1989. 2005.
2009. 2010. 2012. 2017. 2018. 2020.
2026. 2027. 2029. 2034. 2041. 2042.
2047. 2055. 2063. 2070. 2073. 2079.
2081. 2085. 2086. 2088. 2090. 2094.
2096. 2103. 2104. 2106. 2110. 2111.
2114. 2117. 2120. 2123. 2129. 2133.
2141. 2143. 2146. 2149. 2162. 2164.
2166. 2183. 2187. 2193. 2194. 2195.
2202. 2203. 2207. 2208. 2211. 2219.
2224. 2225. 2227. 2238. 2246. 2248.
2250. 2253. 2255. 2256. 2260. 2267.
2268. 2278. 2280. 2281. 2282. 2283.
2284. 2285. 2294. 2301. 2302. 2306.
2307. 2314. 2319. 2320. 2326. 2328.
2333. 2339. 2340. 2345. 2347. 2348.
2351. 2358. 2362. 2370. 2372. 2374.
2380. 2382. 2383. 2384. 2391. 2392.
2395. 2397. 2399. 2403. 2406. 2409.
2410. 2411. 2413. 2417. 2419. 2429.
2435. 2437. 2438. 2440. 2441. 2443.
2445. 2446. 2448. 2450. 2461. 2465.
2475. 2477. 2482. 2495. 2498. 2505.
2508. 2511. 2512. 2513. 2516. 2523.
2531. 2534. 2536. 2537. 2538

bei der hiesigen städtischen Pfandleihanstalt nicht eingelöst worden, sollen

am 29. April c. und folgende Tage

in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr im Lokale der Pfandleih-Anstalt, Schulstraße 10, öffentlich versteigert werden, was hiermit bekannt gemacht wird. **Posen**, den 30. Januar 1861.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Bromberg-Thorner Eisenbahn.

Es soll die Ausführung der Tischlerarbeiten der Stationsbauten zu **Czersk, Schulitz, Czirpitz** und **Thorn** im Wege der öffentlichen Submission vergeben werden und steht hierzu ein Termin auf

Dienstag den 2. April d. J. Vormittags 11 Uhr

in dem Büreau des Unterzeichneten an.

Die Offerten sind bis zu diesem Termine portofrei, versiegelt und mit der Aufschrift:

„Offerte auf Ausführung der Tischlerarbeiten der Stationsbauten zu Czersk, Schulitz, Czirpitz und Thorn der Bromberg-Thorner-Eisenbahn“,

versehen, direkt an den Unterzeichneten einzusenden.

Die Oeffnung der eingegangenen Offerten erfolgt zur Terminsstunde in Gegenwart der etwa persönlich erschienenen Submittenten.

Die Lieferungsbedingungen ꝛc. können vom 21. c. an im Büreau des Unterzeichneten in den Vormittagsstunden eingesehen werden, auch werden dieselben auf portofreie Gesuche von hier aus gegen Erstattung der Kopialien durch Entnahme von Postvorschuß mitgetheilt.

Bromberg, den 15. März 1861.

Der Abtheilungsbaumeister **Redlich**.

Oeffentliche Bekanntmachung.

In dem Konkurse über das Vermögen des Gutsbesitzers **Michael v. Górzeński zu Witaszyce** ist zur Verhandlung und Beschlußfassung über einen Akkord Termin auf den

9. April d. J. Vormittags 9 Uhr

vor dem unterzeichneten Kommissar anberaumt worden.

Die Betheiligten werden hiervon mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt, daß alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen der Konkursgläubiger, so weit für dieselben weder ein Vorrecht, noch ein Hypothekenrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an die Beschlußfassung über den Akkord berechtigen.

Pleschen, den 2. März 1861.
Königliches Kreisgericht.
Der Kommissar des Konkurses **Nötel**.

Bekanntmachung.

In dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns **C. G. Reichelt** zu **Kempen** ist zur Verhandlung und Beschlußfassung über einen Akkord Termin auf

den 12. April, Vormittags 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Kommissar in unserem Sessions-Zimmer anberaumt worden.

Die Betheiligten werden hiervon mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt, daß alle festgestellten Forderungen der Konkurs-Gläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorrecht, noch ein Hypothekenrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlußfassung über den Akkord berechtigen.

Kempen, den 10. März 1861.
Königliches Kreisgericht; I. Abtheilung.
Der Kommissar des Konkurses.
Polomski.

Nothwendiger Verkauf.

Die den **Siwinski**'schen Erben, jetzt dem **Ludwig Brandenburger** gehörige, zu **Straszewo** belegene Wassermühle nebst Vorwerk, abgeschätzt auf 19,423 Thlr. 10 Sgr. laut der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in unserem Büreau III. A. einzusehenden Taxe soll

am 27. Juni 1861 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle resubhastirt werden.

Die Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Wongrowitz, den 28. November 1860.
Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.
Königl. Kreisgericht, Erste Abtheilung.
Rawicz, den 28. Februar 1861.

Das dem **Vincent v. Olszynski** gehörige, im Kröbener Kreise belegene adelige Rittergut **Zawada**, abgeschätzt auf 25,405 Thlr. 26 Sgr. 5 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in unserem III. Büreau einzusehenden Taxe, soll

am 26. September 1861 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger **Alexander v. Okuniewski** und dessen Ehefrau **Augustina** geborne **v. Olszynska** werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern ihre Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastationsgericht anzumelden.

Oeffentliche Prüfung in der Realschule.

Die **öffentliche** Prüfung in der Realschule findet statt Dienstag, den 19. März, von 8 Uhr Morgens bis 1 Uhr Mittags, Nachmittags von 2 Uhr bis 5 Uhr; ferner Mittwoch, den 20. März, von 9 Uhr bis 11 Uhr Morgens die Prüfung der Prima, und um 11 Uhr die Gesangaufführung.

Dienstag, den 19. d. Mts. Vormitt., findet die öffentl. Prüfung in meiner Schulanstalt statt. Der neue Kursus beginnt den 4. April.

Wilczynski.

Auktion.

Bei Gelegenheit der in **Budwig's Hôtel** stattfindenden **Porzellanwaaren-Auktion** werde ich

Mittwoch am 20. März Vorm. 9 Uhr
200 Flaschen schwedischen Punschessenz

gegen baare Zahlung öffentlich meistbietend versteigern.

Lipschitz, Auktionskommissarius.

Nachlaß-, Wein- und Wagen-Auktion.

Im Auftrage des königl. Kreisgerichts hier werde ich **Mittwoch den 20. März c.** Vormittags von 9 Uhr ab in dem **Auktionslokal Magazinstraße Nr. 1**

Mahagoni- und Birken-Möbel,

als: Sophas, Kleiderspinde, Kommoden, Tische, Stühle, Spiegel, Waschtoiletten, Bettstelle mit Matratze, Betten, Kleidungsstücke, Leib-, Tisch- und Bettwäsche, eine goldene, eine silberne Taschenuhr, Glas- und Porzellangeschirr, Oelbilder, eine Wäschrolle, Küchengeräthe, alsdann

160 Bouteillen gute Bordeaux- und Rheinweine, Madeira und Champagner,
eine Partie kurze Waaren, und um Punkt 12 Uhr
2 neue ganz verdeckte Feldequipagewagen mit eisernen Achsen, nützlich für Landwirthe,

öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung versteigern. **Zobel**, gerichtlicher Auktionator.

Allgemeine Eisenbahn-Versicherungsgesellschaft in Berlin.

Grundkapital: 1 Million Thaler.

Diese Gesellschaft versichert außer Eisenbahn-Frachtgütern auch Versendungen

auf Land- und Wasserstraßen

und bietet gegen billige Prämie umfassende Garantie.
Bedingungen ertheilt und nimmt Versicherungsanträge entgegen:
die Generalagentur in **Posen**

Falk Fabian,

die Agentur in **Bromberg** Herr ***M. Landsberg & Co.,***
" " **Nakel** " ***S. Herrmann.***

Kauf- u. Pachtaufträge für mittl. u. gröss. **Güter** h. a. Händen u. **Kapitalien** in gröss. Posten z. 1. Hyp. od. hint. Pfandbr. zu begeben.
T. Tesmer in Danzig, Langgasse 29.

Gelbe Lupinen offeriren
L. Kronthal & Lewy,
Markt 84.

Pferdebohnen pro Scheffel 3 Thlr., **Spargelpflanzen, weiße Ulmer,** pro Schock 10 Sgr., verkauft das **Dom. Sędziny** bei **Buk.**

Kiefern-Samen

(pinus sylvestris), à 100 Pfd. Zollgewicht 40 Thlr. preuß. Kurant, so wie alle anderen Laub- und Nadelholzsämereien in frischer und keimfähiger Waare empfiehlt der Forstverwalter
H. Gärtner in **Schönthal** bei Sagan.

Setzlinge von echtem böhmischen **Hopfen,** à Schock 5 Sgr. Pr. Crt. offerirt
die königliche Gartenverwaltung zu Proskau in Oberschlesien.
Hannemann.

Eine große, direkte Sendung **geschmackvollster französischer Frühjahrsmützen** ist soeben eingetroffen und offerirt zu den billigsten Preisen
Isaac Plessner,
Breslauerstr. 2.

Großer Ausverkauf.

Während des Jahrmarktes werde ich einen großen Transport reinen Porzellans zu den billigsten Preisen verkaufen.

Ebenso einen leichten einspännigen Frachtwagen, tragbar 25—30 Ztr., wie einen braunen Wallach nebst Geschirre.

Mein Standplatz ist auf dem Topfmarkt und an der Firma zu erkennen.

L. Friedmann.

Byzantinisches Billard

mit **Marmorplatte,** so wie eine Auswahl eleganter Billards nebst Queues empfiehlt die Billardfabrik des
A. Wahsner **in Breslau,**
Nikolaistraße 55.

Französische Mühlsteine,

2 Paar gebraucht, und sowohl zur Weizen- als Roggenmüllerei zu benutzen, sind sehr billig zu kaufen in der Dampfmehlmühle Graben Nr. 2 in **Posen.**

Bernhardinermarkt und Gerberstraßenecke.

Die Bretterhandlung von **S. Rosenberg** verkauft das richtige Schock von 1440 Fuß stark geschnittener Dachlatten für sieben Thaler.
Meine Wohnung ist Gerberstraße Nr. 49.

Gute trockene Felgen, das Schock 3 Thlr. 20 Sgr., sowie trockene, starkgeschnittene Dachlatten, das Schock zu 1440 Fuß 6 Thlr. 15 Sgr., empfiehlt die Nutzholzhandlung von
Wwe. B. Kantorowicz,
Gerberstraße 48, vis-à-vis **dem Hôtel zum schwarzen Adler,** und **Bernhardinerplatz und Thorstraßen-Ecke 4.**

Ein Violoncello von vorzüglichem Ton, vom Konzertisten **Schmidt** aus **Wien** herrührend, wird Liebhabern offerirt. Näheres bei ***Louis Pulvermacher,***
Breitestraße Nr. 12.

Mittwoch den 20. d. M. werde ich Alten Markt 74 einen Milchverkauf eröffnen. Die Milch wird täglich zweimal frisch, **früh um 6 Uhr** und **Mittags um 1 Uhr,** zum Verkauf geschickt. Mein Bestreben wird sein, stets eine gute und unverfälschte Milch zu liefern.
Vorwerk **Ober-Wilda**, 18. März 1861.
Ebers.

Stralsunder Bratheringe

empfingen heute
W. F. Meyer & Co.,
Wilhelmsplatz Nr. 2.

Frische Austern bei ***W. Laurentowski.***

Kapital-Gesuch.

Auf ein Landgut in der Nähe von **Posen** werden zum 1. April c. 900 Thlr. zur pupillarischen Sicherheit gesucht. Näheres hierüber beim Röhrmeister Herrn ***A. Vollhase*** in **Posen** zu erfragen.

Morgen Dienstag den 19. März
mit dem Abendzuge
bringe ich
einen Transport
frischmelkender
Netzbrücher
Kühe nebst Kälbern

nach **Posen**
und logire in **Budwig's Hôtel,** Kämmereiplatz Nr. 18/19.
Klakow, Viehhändler.

Die neuesten Frühjahrs-Mäntel und Mantillen, Barège, Jaconnets und Mousselinets, eben so wollene Kleiderstoffe von $3\frac{1}{2}$ Sgr. an bei

S. H. Korach, Wasserstr. 30.

Eine reiche und elegante Auswahl in **Sonnenschirmen** und **En tout cas** erhielt **die Kurz- und Weißwaaren-Handlung** von
C. F. Schuppig.

Das Neueste in **Besätzen** empfing
Z. Zadek & Comp.,
Markt 64, neben der Handlung **A. Schmidt.**

Von den jüngst so schnell vergriffenen Schirtings à 6 und 7 1/6 Thlr. pro 76/77 Ellen ist wieder ein kleiner Posten eingetroffen.
S. H. Korach,
Wasserstr. 30.

Daß wir zu diesem Markt wieder eintreffen mit Herren- und Damenarbeit, zeigen wir hiermit an
Knebel, Gärtig u. Boraschinski
aus **Frankfurt a. O.**

Damen- und Kinderstrümpfe,
Kravattentücher und Shawlchen,
Seidene Kindernetze,
Herrenschlipse und Kravatten,
Taschen- und Halstücher,
Chemisettes und Kragen,
Herren- und Knabensocken,
Glacéhandschuhe für Herren, Damen und Kinder,
empfiehlt in großer Auswahl billigst
S. Landsberg jr.,
Wasserstr. 13, ohnweit der Gerberstr. Ecke.

Mein Lager modernster **Herren-Anzüge** empfehle ich, um damit zu räumen, zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Joachim Mamroth,
Wilhelmsstraße Nr. 25, erste Etage.

Wir sind bereits im Besitz unserer diesjährigen Zusendungen von

Tapeten und Rouleaux

und empfehlen erstere in einer Auswahl von 400 neuen Mustern von den billigsten Preisen ab in allen Gattungen. Vorjährige Muster werden zu herabgesetzten Preisen verkauft. Eben so halten wir ein großes Lager von

Gardinenbronzen, Wachsteppich und Kronen

zu sehr billigen Preisen.

S. Kronthal & Söhne.

Eiserne Bettstellen

in verschiedenen Formen, d. eiserne **Stühle** mit **Ledersitz,** die als **Bettstelle** gestellt werden können, sich flach zusammenlegen lassen, daher auf Reisen wie im Zimmer besonders zu empfehlen, sind wieder auf Lager und empfiehlt zu soliden Preisen
H. Schneider, Schlossermeister, Hohe Gasse Nr. 4 (St. Martin).

Mein bisheriges Geschäftslokal ist anderweit vermiethet worden, und werde ich wegen des mit

Porzellan- und Glaswaaren

eben so beschwerlichen als riskanten Umzuges, um recht stark zu räumen, zu **Fabrikpreisen** verkaufen, worauf ich ein verehrl. Publikum hiermit aufmerksam mache. **Posen,** den 14. März 1861.

Herrmann Jacobsohn,
10, Breitestraße Nr. 10.

Steingut.

Um vielfachen Wünschen zu genügen, habe ich jetzt auch Steingut (Fayance) eingeführt und empfehle solches zu soliden Preisen.

Gleichzeitig erlaube mir darauf aufmerksam zu machen, daß ich alle möglichen feinen wie ord. Glas- und Porzellangeschirre gegen geringe Provision verleihe. Posen, den 17. März 1861.

Die **Herm. Moebius**sche
Glas- und Porzellan-Niederlage,
Breslauerstr. 13.

Echt Danziger Goldenwasser

aus der Fabrik von
Isaac Wedling Wwe. & Eydam Dirck Hekker
empfing bedeutende Sendung und empfiehlt ***H. G. Wolff,*** Wilhelmsstr. 17.

In der **Stärkefabrik,** Mühlenstraße Nr. 21, wird der Ztr. **feinster Weizenstärke** mit 10 Thlr., **mittlerer** mit 8 Thlr. und 6 Thlr. 20 Sgr., und **ordinärer** mit 5 Thlr., so wie Pfundweise mit 3 1/2 Sgr., 3 Sgr., 2 1/2 Sgr. und 2 Sgr., auch **Kartoffelmehl** der Zentner mit 9 Thlr., Pfundweise mit 3 Sgr. verkauft.
T. Bischoff.

Stearin- und Wachs-
Altar-Kerzen

empfiehlt in allen Größen
Adolph Asch, **Schloßstr. 5.**

Geläuterter Rettigsaft

in Flaschen à 5 Sgr, ausgewogen 16 Sgr. pr. Pfund bei ***Frenzel & Co.,***
Breslauerstr. 38.

יין כשר על פסח

in verschiedenen Sorten und Preisen, sowie alle andern Gegenstände zu diesem Feste.
Levin Salz,
Breslauerstraße Nr. 15.

על פסח

Rheinweine von **Gebr. Bondi** a. **Mainz,** wie auch sonstige Weine, **Gemüse, Kompots,** Nudeln, Eiergraupe, Gries, Gänsefett und saure Gurken sind Umzugs halber billig zu bekommen beim Restaurateur ***L. Cassel.***

Mein מצה Lager befindet sich in
Budwig's Hotel.
J. A. Auerbach.

Giesmannsdorfer Preßhefe empfehle ich an Wiederverkäufer zu Fabrikpreisen täglich frisch.
Rawicz.
Adolph Troska.

Die erwartete ganz **frische, feine Tafelbutter** empfing ***Kletschoff.***

Doktor Borchardt's

aromatisch-medizinische Kräuterseife ist ein bewährtes, seit Jahr und Tag bei beiden Geschlechtern in großen Ehren stehendes, kosmetisches Mittel zur schmerzlosen Entfernung von Sonnenbrand, Sommersprossen, Leberflecken, Finnen, Pickeln, Hautbläschen ꝛc. und zur Erhaltung und Herstellung einer schönen, reinen, weißen Haut in jugendlicher Frische und belebtem Ansehen, so wie sie mit großer Superiorität alle anderen Toiletteseifen und Schönheitswasser ersetzt. — Im **Bade** wirkt sie außerordentlich heilsam und stärkend. — Dr. **Borchardt's** Kräuterseife ist in versiegelten Originalpäckchen à 6 Sgr. für **Posen** nur allein **ächt** zu haben bei

J. Menzel, Wilhelmsstraße, neben dem Postgebäude.

Dr. BORCHARDTS AROMATISCHE KRÄUTER-SEIFE

Geschäfts-Verlegung.

Meine bisher auf der Breslauerstraße betriebene Konditorei habe ich heute geschlossen und nach dem alten Markt Nr. 6 (ehemals Vassalli'sche Haus) verlegt.

Einem hochgeehrten Publikum und meinen werthgeschätzten Kunden für das bisherige Vertrauen freundlichst dankend, bitte zugleich, mir dasselbe auch ferner gewähren zu wollen.

Posen, den 16. März.
A. Pfitzner.

Wohnungs-Veränderung.

Von jetzt ab wohne ich in meinem Hause **Venetianerstraße Nr. 5 und 6.**

C. F. Wührmann,
Maurermeister und Ziegeleibesitzer.

Hamburg-Amerikanische Packetf. Akt. Gesellschaft.
Direkte **Post-Dampfschifffahrt** zwischen

Hamburg und New-York,

eventuell **Southampton** anlaufend:

Post-Dampfschiff	**Borussia,**	Capt.	**Trautmann,**	am **15. März,**
"	**Bavaria,**	"	**Meier,**	" **1. April,**
"	**Hammonia,**	"	**Schwensen,**	" **15.** "
"	**Saxonia,**	"	**Ehlers,**	" **1. Mai.**
"	**Teutonia,**	"	**Taube,**	" **15.** "

Fracht: Doll. **12** für ordinaire, Doll. **18** für feine Güter pr. 40 Kubikfuß mit 15 % Primage.
Passagepreise: Erste Kajüte Pr. Crt. Thlr. 150, Zweite Kajüte Pr. Crt. Thlr. 100, Zwischendeck Pr. Crt. Thlr. 60.

Die Expeditionen der obiger Gesellschaft gehörenden **Segelpacketschiffe** beginnen:
nach **Newyork** am **15. März** per Packetschiff **Donau,** Capt. **Meyer,**
" **Quebec** " **1. April** " " **Elbe,** " **Boll.**

Näheres bei dem Schiffsmakler ***August Bolten,***
Wm. Miller's Nachf., Hamburg,
so wie bei dem für den Umfang des Königreichs Preußen konzessionirten und zur Schließung gültiger Verträge bevollmächtigten Generalagenten
H. C. Platzmann **in Berlin,**
Louisenplatz Nr. 7.

In dem Hause Ecke Kanonenplatz und St. Adalbert ist ein Zimmer mit Kabinet mit oder ohne Möbel zu vermiethen. Näheres Markt Nr. 56.

Der Blumen- und Obstgarten, Halbdorfstr. 8, ist sofort zu vermiethen.
Posen, den 18. März.
F. Schultz, Verwalter.

Ein schönes, **vollständig** möblirtes Zimmer ist **auffallend billig zu vermiethen.**
Näheres Gerber- und Büttelstraßenecke 12, erste Etage.

Zu vermiethen
eine gut möblirte Wohnung im **Hildebrandt**schen Garten-Etablissement Königsstr. 18.

Zwei möblirte Parterrezimmer sind v. 1. April zu vermiethen kl. Ritterstraße 4.

Ein freundlich möblirtes Parterrezimmer ist v. 1. April zu verm. Schuhmacherstr. 3.

Eine gut möblirte Parterrewohnung, aus 2 Stuben bestehend, ist St. Martin Nr. 76 vom 1. April ab zu vermiethen.

Ein Hauslehrer, evangelisch, der zugleich musikalisch ist, findet zum 1. April c. auf einem Gute bei Posen unter vortheilhaften Bedingungen eine Stelle. Näheres zu erfragen in Posen, **Graben 25, Parterre rechts.**

Ein junger Mann von auswärts, welcher deutsch und polnisch spricht und die Bierbrauerei in Posen erlernen will, wolle sich melden in der Expedition dieser Zeitung.

In meiner Droguerieewaaren- und Farbenhandlung en gros und en détail ist die Stelle eines Lehrlings **sofort** zu besetzen.
Bromberg. Carl Wenzel.

Ein junger Mann, der polnischen Sprache mächtig, findet sofort ein Unterkommen als Lehrling bei **C. F. Schuppig.**

Ein beider Landessprachen mächtiger Wirthschaftsbeamter, welcher sich durch gute Zeugnisse auszuweisen vermag, findet vom 1. Juli d. J. auf dem Domänen-Amte **Duszník** ein Unterkommen.

Vom 20. d. M. ab ist die Lotterie-Gewinnliste 3. Klasse bei mir einzusehen.
Eduard Kantorowicz,
Markt 89.

In der Nacht vom 15. zum 16. d. M. sind uns vermittelst gewaltsamen Einbruchs
5 Stück braune unzugerichtete Kuhleder und
2 Stück deutsche Brandsohlenleder eigener Fabrik, 1 Sack mit circa ½ Zentner weißen Kälberhaaren
gestohlen worden. Bei vorkommendem Verkauf oder Verdacht bitte uns oder der betreffenden Polizeiverwaltung gegen eine angemessene Belohnung gefälligst Anzeige zu machen. Vor Ankauf wird gewarnt.
H. Ledermann & Sohn
in **Grätz.**

30 Thlr. Belohnung.

Am Abend des 15. März c. sind aus dem Stalle des Vorwerks **Brzustow** 3 Pferde und zwar:
1) Rappenwallach mit Bläße, am Fesselgelenk des linken Hinterfußes gebrannt, 9 Jahr alt,
2) dunkelbrauner Wallach mit Stern, 15 Jahr alt,
3) hellbraune Stute, Bläße und Schnibbe, linker Hinterfuß bis zum Fesselgelenk weiß und dasselbe gebrannt, 12 Jahr alt,
gestohlen worden.
Derjenige, welcher die Wiedererlangung der Pferde herbeiführt, erhält obige Belohnung.
Dom. Gora, Kreis **Pleschen.**

Für Confirmanden

Geheftet
in 20 Lieferungen
à 5 Sgr.

empfiehlt sich durch ihre außerordentliche **Schönheit, Korrektheit** und **Billigkeit** vor allen neueren Bibelausgaben, die so eben komplet im **Bibliographischen Institut** in **Hildburghausen** erschienene **lutherische**

Haus-Bibel,

Gebunden
ganz Leder mit Goldschnitt
Thlr. 4⅓.

Neueste Prachtausgabe in Groß-Oktav, mit 50 schönen Stahlst. und dem Prämienblatt: **Das Abendmahl.**

Eingesandt.
Die Broschüre: **„Die Juden und der deutsche Staat"**, Verlag der **Nikolai**schen Sort. Buchhandl. in Berlin **und Posen,** Preis 10 Sgr., ist in ungewöhnlich kurzer Zeit in 2 Auflagen vergriffen worden und befindet sich die 3. Auflage unter der Presse. Ein berühmter Schriftsteller sagt über dieselbe brieflich: „Wenn die Broschüre etwas effektuiren sollte, so mußte sie mit diesem dämonischen Verstande, dieser unerbittlichen Zensur, diesem dreisten Griff und Originalwitz geschrieben werden. Es ist weder ein großer noch ein kleiner Zug vergessen worden, und der nothwendigen Einseitigkeit fehlen nicht die ergötzlichsten Deklinationen und Illustrationen. Wenn die Leute Verstand und Geschmack haben, so muß diese Schrift eine enorme Sensation und Wirkung hervorrufen, weniger wegen des Objekts, als wegen des Genies, mit welchem sie geschrieben".

M. 20. III. 7 A. R. I.

Das Frühstück für בכורים findet פסח ע̈ Montag den 25. c. früh 5 Uhr im Saale Budwig's Hotel statt. Anmeldungen zur Theilnahme werden wegen zu treffender Vorbereitungen baldigst erbeten.
J. Bendix. H. Berne. S. Holz, Breitestr. 19.

Zur Beschaffung wohlfeiler Lebensmittel für die Armen ist noch eingekommen vom Herrn Grafen **von Waldersee** 2 Thaler.
D. G. Baarth.

Familien-Nachrichten.

Statt jeder besonderen Meldung.
Meine liebe Frau **Elfriede** geb. **Mentzel** wurde heute Abends sechs Uhr von einem muntern Mädchen unter Gottes Beistand glücklich entbunden.
Schroda, den 16. März 1861.
Dr. K. Schneider, ev. Pfarrer.

Nach kurzen schweren Leiden verschied den 14. März früh ½6 Uhr unsere innigst geliebte Mutter. Die Beerdigung fand Sonntag den 17. d. M. Nachmittags 4 Uhr vom Trauerhause, Friedrichsstraße Nr. 21, aus statt. Gleichzeitig sagen wir allen Denen, welche uns in der Noth mit Rath und That beigestanden, unsern innigen und herzlichen Dank.
Die tiefbetrübten Kinder
J. Zugehör, Barbiergehülfe, und Bruder.

Auswärtige Familien-Nachrichten.
Verlobungen. Hamburg: Frl. E. Fuchs mit dem Hrn. L. Levy; Cochstedt: Frl. Diederichs mit dem Rektor Wedding; Naugard: Frl. Nieder mit dem Lieutenant Manger.
Geburten. Eine Tochter dem Lieutenant Lieres v. Wilkau in Ohlau, dem Hrn. L. v. Seydlitz in Hartlieb, dem Hauptmann a. D. v. Zschüschen in Knoop (Kiel).
Todesfälle. Rittergutsb. F. Köppen in Berlin, Frau Oberstlieuten. a. D. L. v. Schwanenfeld geb. v. Haenlein in Breslau, Fräul. M. v. Griesheim in Braunschweig, ein Sohn des Forstmeister L. Frhr. v. Scheele in Oldenburg, Frau Superint. Groß geb. Schott in Bernstadt, Frau Pastor Hain geb. Gutsch in Niebusch, verw. Frau Rittergutsb. Schröter geb. Anders in Neu-Schliese, Frl. E. v. Wilamowitz in Liegnitz, ein Sohn des Hrn Ober-Stabsarzt Dr. Bobertag in Wahlstett, eine Tochter des Baron v. Forstner und Frl. E. Redslob in Berlin.

Stadttheater.

Montag, Dienstag und Mittwoch bleibt die Bühne wegen Vorbereitungen geschlossen.
Donnerstag den 21.: **Erstes Gastspiel der königlich hannoverschen Hofschauspielerin**

Frau Aug. v. Bärndorff,

Frauenkampf, Lustspiel in 3 Akten nach Scribe von Olfers. Vorher: **Die Schauspielerin,** Lustspiel in 1 Akt nach dem Französ. des Fournier von W. Friedrich.
Gräfin v. Autreval } Frau A. v.
Francoise Dumesnil, Schauspielerin } Bärndorff.
Preise der Plätze: Loge u. Sperrsitz 25 Sgr. ꝛc.
Die bereits bestellten und reservirten Billets ersuche bis spätestens Dienstag Mittag bei Herrn Caspary (Mylius Hotel) in Empfang nehmen zu wollen, da sonst anderweitig darüber verfügt werden müßte. **Keller.**

Circus Carré. Posen.

Heute

und folgende Tage **große Vorstellung in der höhern Reitkunst, Pferdedressur** und **Gymnastik.**
Einlaß 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 18. März 1861.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½ % Staats-Schuldsch.	—	87¼	—
„ 4 „ Staats-Anleihe	—	—	—
„ 4½ „ „ „	101½	—	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	—	105½	—
Preuß. 3½ % Prämien-Anl. 1855	—	116½	—
Posener 4 % Pfandbriefe	—	101	—
„ 3½ „ „	—	94½	—
„ 4 „ neue „	—	90¼	—
Schles. 3½ % Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 3½ „ „	—	—	—
Poln. 4 „ „	—	85½	—
Posener Rentenbriefe	—	92¾	—
„ 4 % Stadt-Oblig. II. Em.	—	90¾	—
„ 5 „ Prov. Obligat.	—	98	—
„ Provinzial-Bankaktien	—	—	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
„ Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	86½	—
Ausländische Banknoten große Ap.	—	—	—

Roggen nachgebend, pr. März 42 5/12 Rt. bz., Frühj. 42½—5/12 bz., April-Mai 42⅔ bz., Mai-Juni 43 bz. und Br., Juni-Juli 43⅜ bz.
Spiritus matt, gekündigt 9,000 Quart, mit Faß pr. März 19¾—17/24 Rt. bz. u. Br., ⅔ Gd., April 19¾ bz. u. Br., Mai 19 11/12 bz. u. Br., Juni 20⅛ bz. u. Br.

Posener Marktbericht vom 18. März.

	von Rt.	von Sg.	von Pf.	bis Rt.	bis Sg.	bis Pf.
Fein. Weizen, Schfl. z. 16 Mtz.	3	2	6	3	7	6
Mittel-Weizen	2	25	—	2	27	6
Bruch-Weizen	2	17	6	2	20	—
Roggen, schwerer Sorte	1	23	9	1	25	—
Roggen, leichtere Sorte	1	18	9	1	21	3
Große Gerste	1	15	—	1	20	—
Kleine Gerste	1	10	—	1	15	—
Hafer	—	23	—	—	28	—
Kocherbsen	1	22	6	1	25	—
Futtererbsen	1	15	—	1	17	6
Winterrübsen, Schfl. z. 16 Mtz	—	—	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—	—	—
Sommerrübsen	—	—	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	1	2	6	1	5	—
Kartoffeln	—	15	—	—	17	—
Butter, 1 Faß (4 Berl. Qrt.)	2	10	—	2	20	—
Roth. Klee, Ct. 100 Pfd. Z. G.	14	—	—	16	15	—
Weißer Klee dito	15	—	—	18	—	—
Heu, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Stroh, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Rüböl, d. Ct. z. 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Spiritus am 16. März } per 100 Qrt. à 80 % Tr.	19	15	—	19	22	6
„ 18. „						

Die Markt-Kommission.

Wasserstand der Warthe:
Posen am 17. März Vorm. 8 Uhr 9 Fuß 1 Zoll.
„ 18. März „ „ 9 „ — „

Produkten-Börse.

Berlin, 16. März. Wind: NW. Barometer: 28³. Thermometer: 6° +. Witterung: abwechselnd bewölkt.
Weizen loko 73 a 85 Rt.
Roggen loko 45¾ a 48 Rt., p. März und März-April 45¼ a 45 Rt. bz., p. Frühjahr 45⅜ a 45⅛ a 45¾ Rt. bz. und Br., 45⅛ Gd., p. Mai-Juni 46 a 45½ a 45¾ Rt. bz. und Br., 45⅜ Gd., p. Juni-Juli 46⅜ a 46¼ Rt. bz. und Gd., 46½ Br., Juli-Aug. 47 Br., 46½ Gd.
Große Gerste 42 a 48 Rt.
Hafer loko 24 a 28 Rt., p. März und März-April 25 Rt. Br., Frühjahr 24⅞ a 24¾ bz., p. Mai-Juni 25 Rt. bz., Br. und Gd., p. Juni-Juli 25¾ bz. und Br., 25½ Gd.
Rüböl loko 11 Rt. Br., p. März und März-April 10⅞ Rt. Br., 10⅞ Gd., p. April-Mai 11 a 10¾ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Mai-Juni 11 a 10⅞ bz. u. Gd., 10⅞ Br., p. Juni-Juli 11⅛ Rt. bz., Sept.-Okt. 11 13/24 a 11⅜ bz. u. Gd., 11 5/12 Br.
Spiritus loko ohne Faß 19 23/24 Rt. bez., mit Faß p. März u. März-April 20⅛ a 20 1/12 Rt. bz., Br. und Gd., p. April-Mai 20¼ a 20⅛ a 20⅙ Rt. bz. u. Gd., 20¼ Br., p. Mai-Juni 20 5/12 a 20 7/24 a 20⅓ Rt. bz. und Gd., 20 5/12 Br., p. Juni-Juli 20⅝ a 20⅜ Rt. bz., 20⅝ Br., 20 7/12 Gd., p. Juli-Aug. 20 11/12 a 20⅞ a 20⅞ Rt. bz. u. Gd., 21 Br., p. Aug.-Sept. 21⅛ a 21 a 21 1/12 Rt. bz. u. Gd., 21⅛ Br., p. Sept.-Okt. 20 a 19⅞ Rt. bz.
Weizenmehl 0. 5¼ a 5½, 0. u. 1. 4¾ a 5¼ Rt.
Roggenmehl 0. 3½ a 3⅝, 0. u. 1. 3 1/12 a 3 5/12 Rt.
(B. u. H. Z.)

Breslau, 16. März. Wetter: trübe und regnigt, früh + 3°.
Rother ord. Kleesamen 11—12 Rt., mittler 12½—13½ Rt., feiner 14—15 Rt., hochfeiner bis 16 Rt., weißer ord. 7—9 Rt., mittler 10—12½ Rt., feinmittler 13—15 Rt., feiner 16—18 Rt., hochfeiner bis 20½ Rt.
Thymothe 10—11—11½ Rt.
An der Börse. Roggen p. März und März-April 48 Rt. Br., April-Mai 48—48½ bz., Mai-Juni 48½—¼—½ bz., Juni-Juli 49 Gd.
Rüböl loko 10¾—7/12 Rt. bz., p. März und März-April 10⅞ Br., April-Mai 10⅞ Br., Mai-Juni 10 11/12 Br., Sept.-Okt. 11½ Br.
Spiritus loko 20 Rt. bz. und Gd., p. März und März-April 20 bz., April-Mai 19 11/12—20 bz., Mai-Juni 20 1/12—20⅛ bz. und Gd.
(Br. Hdlsbl.)

Wollmarkt.
Pesth, 12. März. Der Gang des Geschäfts ist zwar kein lebhafter, dessen ungeachtet sind bis jetzt circa 4000 Zentner aller Gattungen verkauft worden; Einschuren und Zweischurwinterwollen zu den Preisen des Neujahrswollmarktes, mitunter auch etwas theurer; bei Sommerwollen können die Preise noch nicht als genau festgestellt betrachtet werden, doch dürfte sich auch hierin kein wesentlicher Unterschied gegen den Neujahrsmarkt ergeben.

Wollbericht.
Berlin, 16. März. Zu unveränderten Preisen wurden diese Woche ca. 1500 Ztr. Wolle hier verkauft, deren Abgang durch Zufuhren aus Mecklenburg nnd Polen reichlich ersetzt wurde. Die Stimmung für den Artikel ist fortwährend sehr flau und sind die Berichte aus England und Amerika nicht dazu angethan, um dieselbe zu heben. Im Kontraktgeschäfte herrschte dieselbe Stille. Die Besitzer halten fest auf Preise, die nach vernünftigen Anschauungen, Niemand bewilligen kann.

Telegraphischer Börsenbericht.
Hamburg, 16. März. Weizen loko und Lieferung gute Frage, ab Auswärts stille. Roggen loko fest, ab Königsberg 80 Pfd. pro Juni zu 79 angetragen. Oel Mai 23¼, Oktober 24⅜. Kaffee unverändert; 2000 Sack Santos schwimmend zu 6¾ umgesetzt. Zink still.
Liverpool, 16. März. Baumwolle: 25,000 Ballen Umsatz. Orleans 7, Upland 6 11/16.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 16. März 1861.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	75 bz
Aachen-Mastricht	4	20-20⅜ bz
Amsterd. Rotterd.	4	80 bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	88½ bz
do. Lt. B.	4	— —
Berlin-Anhalt	4	116-16½ bz
Berlin-Hamburg	4	114¾ bz
Berl. Potsd. Magd.	4	144 bz
Berlin-Stettin	4	110¼ bz
Bresl. Schw. Freib.	4	97¼-96½-¾ bz
Brieg-Neiße	4	51¾ G
Cöln-Crefeld	4	— —
Cöln-Minden	3½	135½ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	36⅞ bz
do. Stamm-Pr.	4½	73¼ B
do. do.	4	80½ B
Löbau-Zittauer	5	— —
Ludwigshaf. Berb.	4	129½ bz
Magdeb. Halberst.	4	205½ G
Magdeb. Wittenb.	4	34¾-35 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	101½-102 bz u G
Mecklenburger	4	47¼-⅜ bz
Münster-Hammer	4	93¾ bz
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	95¾ bz
Niederschl. Zweigb.	4	— —
do. Stamm-Pr.	4	— —
Nordb., Fr. Wilh.	5	44½-⅜ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	124 bz
do. Litt. B.	3½	111½ bz
Oest. Franz. Staat.	5	128½-28 bz
Oppeln-Tarnowitz	4	35½ bz
Pr. Wlh. (Steel-V)	4	53¾ G
Rheinische,	4	80 G
do. Stamm-Pr.	4	92 B
Rhein-Nahebahn	4	24¾ bz
Ruhrort-Crefeld	3½	76 G
Stargard-Posen	3½	84½ B
Thüringer	4	104 bz

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	115½ G
Berl. Handels-Ges.	4	81½ B
Braunschw. Bk. A.	4	67 G
Bremer do.	4	98½ G
Coburg. Kredit-do.	4	41 B
Danzig. Priv. Bk.	4	89 B
Darmstädter abgst.	4	72 G
do. Ber. Scheine	4	— —
do. Zettel-B. A.	4	95 G
Dessauer Kredit-do.	4	13½-⅜ bz
Dessauer Landesbk.	4	18 G
Disk. Comm. Anth.	4	83½ etw-¾ bz
Genfer Kred. Bk. A.	4	24 Post -23¾ bz
Geraer do.	4	70½ G
Gothaer Priv. do.	4	70¼ B
Hannoversche do.	4	91½ G
Königsb. Priv. do.	4	83½ G
Leipzig. Kredit-do.	4	61 bz
Luxemburger do.	4	84 B
Magdeb. Priv. do.	4	79 bz u B
Meining. Kred. do.	4	69½ bz u G
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	86 G
Oestr. Kredit- do.	5	55½-54¾ bz
Pomm. Ritt. do.	4	70 Kl bz u G
Posener Prov. Bank	4	83 G
Preuß. Bank-Anth.	4½	122½ bz
Rostocker Bank Akt.	4	104 B
Schles. Bank Verein	4	80 bz
Thüring. Bank-Akt.	4	55-55½ bz u G
Vereinsbank. Hamb.	4	99½ G
Waaren-Kred. Anth.	5	— —
Weimar. Bank-Akt.	4	73 G

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	94¾ bz u G
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	62½ bz
Hörder Hüttenv. Ak.	5	67½ G
Minerva, Bergw. A.	5	19½ etw bz u G
Neustädt. Hüttenv. A	5	3 B p. St.
Concordia	4	102½ G [fco. Zins.
Magdeb. Feuerversf. A	4	415 B

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	83 G
do. II. Em.	4	81¾ G
do. III. Em.	4½	86½ G
Aachen-Mastricht	4½	63¾ B
do. II. Em.	5	59¾ B
Bergisch-Märkische	5	103 B
do. II. Ser.	5	102½ G IV 101 bz
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	77¼ bz
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	5	— —
do. III. S. (D. Soest)	4	84¼ bz
do. II. Ser.	4½	— —
Berlin-Anhalt	4	97¼ G
do.	4½	100⅞ G
Berlin-Hamburg	4½	103½ G
do. II. Em.	4½	102¼ G
Berl. Pots. Mg. A.	4	94½ G B. 95¼ G
do. Litt. C.	4½	100½ B
do. Litt. D.	4½	100⅛ B
Berlin-Stettin	4½	101½ G
do. II. Em.	4	88¾ bz
do. III. Em.	4	88¼ bz
Bresl. Schw. Freib.	4½	— —
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	101½ G
do. II. Em.	5	103⅛ G
Cöln-Minden	4	88¾ G
do. III. Em.	4	85 G
do.	4½	93⅞ bz
do. IV. Em.	4	84 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. III. Em.	4½	85½ bz
Magdeb. Wittenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	95 bz
do. conv.	4	93¾ bz
do. conv. III. Ser.	4	90½ G
do. IV. Ser.	5	— —
Nordb., Fried. Wilh	4½	100½ G
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	80¾ G, C. —
do. Litt. D.	4	88¾ G
do. Litt. E.	3½	78 bz
do. Litt. F.	4½	95 B
Oestreich. Französ.	3	251½ bz
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	II. — —
do. III. Ser.	5	98¾ G
Rheinische Pr. Obl.	4	86½ bz
do. v. Staatgarant.	3½	— —
Rheinische Pr. Obl.	4½	89⅜ bz
Rh. Nhe-Pr. v. St. g	4½	95 bz
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	81 G
do. III. Ser.	4½	87¼ G
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	94½ G
do. III. Em.	4½	— —
Thüringer	4½	— — II. 104¾ [G
do. III. Ser.	4½	— —
do. IV. Ser.	4½	100 G

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	101⅜ bz
Staats Anl. 1859	5	106½ bz
do.	4½	101¾ bz
do. 1856	4½	101¾ bz
do. 1853	4	97 bz
N. Präm St A 1855	3½	117⅞ B
Staats-Schuldsch.	3½	87¾ B
Kur- u Neum. Schldv	3½	86½ bz
Berl. Stadt-Oblig.	4½	102 B
do. do.	3½	84 bz
Berl. Börsenh. Obl.	5	103¾ B
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	91¾ bz
do.	4	100¾ bz
Ostpreußische	3½	85 bz
do.	4	94⅛ bz
Pommersche	3½	89½ bz
do. neue	4½	98½ bz
Posensche	4	101¼ G
do.	3½	95 bz
do. neue	4	90¼ bz
Schlesische	3½	89⅜ B
V. Staat gar. B.	3½	— —
Westpreußische	3½	84¼ bz
do.	4	94¾ bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	97 bz
Pommersche	4	97 bz
Posensche	4	92⅞ bz
Preußische	4	96½ G
Rhein- u. Westf.	4	96½ G
Sächsische	4	97¾ G
Schlesische	4	96¾ bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	43 G
do. National-Anl.	5	51½-⅝ bz
do. 250fl. Präm. O.	4	56½ G
do. neue 100fl. Loose	—	52 etw bz u B
Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	88 B
6. do.	5	99 bz
Englische Anl.	5	102⅜ B 4½ %
N. Russ. Egl. Anl.	3	60½ B [90½ G
Polnische: Poln. Schatz-O.	4	80½ bz
Cert. A. 300 Fl.	5	93⅜ B
do. B. 200 Fl.	—	23 G
Pfdbr. u. in SR.	4	85½ B
Part. O. 500 Fl.	4	91 B
Oestr. 5proz. Loose	5	54¾ B, ¼ G
Hamb. Pr. 100 BM	—	93 etw -¼ bz
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	47½ G
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	30 B
Dessau. Präm. Anl.	3½	95½ bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½ bz
Gold-Kronen	—	9. 5 G
Louisd'or	—	109⅜ bz u B
Sovereigns	—	6. 22 bz
Napoleonsd'or	—	5. 9⅜ G
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	Imp. 458 Post bz
Dollars	—	1. 11¾ bz
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 21 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞ G
Fremde Banknot.	—	99¼ G
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅞ G
Fremde kleine	—	99⅛ G
Oestr. Banknoten	—	68 bz
Poln. Bankbillet	—	86½ bz

Wechsel-Kurse vom 16. März.

Amsterd. 250fl. kurz	3	141½ bz
do. 2 M.	3	140⅞ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	2½	150⅜ bz
do. do. 2 M.	2½	150 bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6. 19½ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	79¼ bz
Wien öst. W. 8 T.	—	67½ bz
do. do. 2 M.	6	67 bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	3	56. 22 bz
Frankf. 100 fl. 2 M.	3	56. 22 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99⅜ bz
do. do. 2 M.	4	99 5/12 G
Petersb. 100 R. 3 W.	4	95⅜ bz
Bremen 100 Tlr. 8 T.	3½	109½ bz
Warschau 90 R. 8 T.	—	86½ bz
Bank-Disk. f. Wchs.	4	

Das Geschäft blieb in den Eisenbahnaktien lebhaft und die Kurse befestigten sich noch mehr.

Breslau, 16. März. Eisenbahnaktien offerirt und weichend, öftr. Spekulationspapiere beliebt und steigend. Preuß. Fonds fest.
Schlußkurse. Oestreichische Kredit-Bank-Aktien 55½ Gd. Schlesischer Bankverein 80½ Gd. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 96⅞ Br. dito Prior. Oblig. 88⅜ Br. dito Prior. Oblig. 95⅜ Br. Köln-Mindener Prior. —. Neisse-Brieger 51½ Gd. Oberschlesische Lit. A. und C. 123¾ Gd. dito Lit. B. —. dito Prior. Oblig. 89¼ Br. dito Prior. Oblig. Lit. F. 95½ Br. dito Prior. Oblig. Lit. E. 77¼ Br. Oppeln-Tarnowitzer 35½ Gd. Rheinische —. Kosel-Oderberger 37 Br. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Oblig. —. dito Stamm-Prior.-Obl. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Wien, Sonnabend, 16. März, Mittags 12 Uhr 30 Min. Günstige Stimmung.
5% Metalliques 64, 90. 4½% Metalliques 55, 75. Bankaktien 726. Nordbahn 207, 20. 1854er Loose 85, 75. National-Anlehen 76, 40. St. Eisenb. Aktien-Cert. 286, 00. Kredit-Aktien 164, 20. London 147, 00. Hamburg 110, 00. Paris 58, 00. Gold —. Elisabethbahn 187, 00. Lombardische Eisenbahn 190, 00. Kreditloose 115, 00. 1860er Loose 81, 50.

Frankfurt a. M., Sonnabend, 16. März, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Oestr. Fonds und Industriepapiere etwas fester bei unbelebtem Geschäft.
Schlußkurse. Staats-Prämien-Anleihe 118. Preuß. Kassenscheine 105½. Ludwigshafen-Berbach 129½. Berliner Wechsel 105. Hamburger Wechsel 88. Londoner Wechsel 118⅞. Pariser Wechsel 93⅞. Wiener Wechsel 79⅞. Darmstädter Bankaktien 181. Darmstädter Zettelbank 236. Meininger Kreditaktien 70. Luxemburger Kreditbank 82. 3% Spanier 47⅞. 1% Spanier 41 11/16. Span. Kreditbank Pereira 460. Span. Kreditbank v. Rothschild 515. Kurhess. Loose 47⅞. Badische Loose 52⅞. 5% Metalliques 42⅞. 4½% Metalliques 37⅞. 1854er Loose 56½. Oestr. National-Anlehen 49⅞. Oestr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 224. Oestr. Bankantheile 580. Oestr. Kreditaktien 129. Neueste östreichische Anleihe 54⅞. Oestr. Elisabethbahn 124. Rhein-Nahebahn 25. Hessische Ludwigsbahn 102.

Hamburg, Sonnabend, 16. März, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Gegen Schluß der Börse etwas matter.
Schlußkurse. Oestr. Franz. Staatsbahn —. National-Anleihe 51. Oestr. Kreditaktien 54⅞. 3% Spanier 44⅞. 1% Spanier 39½. Stieglitz de 1855 —. 5% Russen —. Vereinsbank 100. Norddeutsche Bank 87⅞. Magdeburg-Wittenberg —. Nordbahn —. Diskonto —.

London, Sonnabend, 16. März, Nachmittags 3 Uhr. Silber 60⅞. Wetter regnerisch.
Der gestrige Wechselkurs auf Wien war 15 Fl. 45 Kr., auf Hamburg 13 Mk. 09 Sh.
Konsols 92¼. 1proz. Spanier 41½. Merikaner 24½. Sardinier 82. 5proz. Russen 101½. 4½proz. Russen 91.
Der fällige Dampfer aus Westindien ist eingetroffen.

Amsterdam, Sonnabend, 16. März, Nachmittags 4 Uhr. Börse still.
5proz. östr. Nat. Anl. 48½. 5% Metalliques Lit. B. —. 5proz. Metalliques 41 7/16. 2½proz. Metalliques 22. 1proz. Spanier —. 3proz. Spanier 47½. 5proz. Stieglitz de 1855 93⅞. Merikaner 23⅞. Holländische Integrale 63.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.